

88

März/April '01
16. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

Homepage: www.afb-bbz.de

Sonstige Themen:

- amnesty international:
Geschundene Körper-
zerrissene Seelen
- 3. Antifa-Demo in
Dortmund
- Frauen im Faschismus
- Entwicklung der
Lesbenbewegung
- Antisemitismus –
Kongress
- Frauen in der
resistenza
- Olympe de Gouges



**Schwerpunkt:
Frauen**

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Auf den Spuren Clara Zetkins	8
Ein großer Sieg in Dortmund?	9
Dokumentation	
Geschundene Körper – zerrissene Seelen	4
Die Frauen im Faschismus	15
Frauen im Italienischen Widerstand	40
Analyse	
Kriegsgefahr in Irakisch Kurdistan	27
Antifaschismus – Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie (Teil 3)	29
Die Entwicklung der Lesbenbewegung	33
Ankündigung	
Antisemitismus Kongress	28
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:

Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923

Fax: 02361/21686

eMail: afb-bbz@t-online.de

Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:

Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Konto-Nr.: 334 010 27

(Stichwort „AntifaZ“)

Sparkasse Bochum

Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 89: 28.04.2001

EDITORIAL

Dies Heft hat aus Anlass des **90. Jahrestags** des „**Internationalen Frauentags**“ am 8. März das Thema „**Frauen**“ zum **Schwerpunkt**.

Wir veröffentlichen eine Reihe von Artikeln aus unterschiedlichen Publikationen, den Anfang macht ein Auszug aus einer großen **Dokumentation**, die **amnesty international** zum 8. März dieses Jahres vorgelegt hat.

Interessant dürften aber auch ein Artikel über „**Frauen im Faschismus**“ und „**Die Entwicklung der Lesbenbewegung**“ von **Gunda Schumann** sein.

Beide Artikel entstanden schon **1978** anlässlich der **3. Sommeruniversität von und für Frauen**, beinhalten aber u.E. nach wie vor wichtige Grunderkenntnisse, die auch heute noch aktuell sind.

Zu empfehlen sind diesmal auch die „**Gelben Seiten**“ mit einer Dokumentation über **Olympe de Gouges** und „**Frauen in der Französischen Revolution**“.

Und auch der Bericht von Beyhan Sentürk über türkische Frauen in der BRD und was sie zum 8. März zu sagen haben, scheint uns lesenswert. Er stammt aus der türkisch-deutschen Beilage der taz, die unter dem Namen „persembe“ herausgegeben wird.

Insgesamt – wir müssen es eingestehen – hat unsere Zeitschrift sich nicht in der Regelmäßigkeit mit dem Thema „Frauen“ beschäftigt, wie wir es uns zumindest immer wieder vorgenommen und angekündigt hatten.

Daher nehmen wir auch an dieser Stelle den Mund nicht mehr so voll und werden nur versuchen, in Zukunft zumindest das eine oder andere zum Thema ‚selbstständig‘ zu erarbeiten.

Zumindest können wir schon einmal ankündigen, dass wir über die Veranstaltungsreihe mit **Eren Keskin**, Mitglied des Istanbul **Menschenrechtsvereins IHD**, ausführlich berichten werden.

Eren Keskin wird auf Einladung des „**Internationalen Freundschaftsvereins**“ vom **7. – 9. Juni 2001** auf Veranstaltungen in **Recklinghausen, Bochum und Dortmund** sprechen.

Die „Zukunft“ ist auch für uns ein wichtiges Thema – denn nach wie vor stellt die Produktion der Zeitschrift uns vor einige Probleme.

Die vorliegende Ausgabe erscheint mal wieder verspätet – diesmal, weil ein Mitarbeiter bis zum 15. März mit wichtigen Prüfungen beschäftigt war – und Ersatz ist keiner da.

Auch die „alten Herren“ in der Redaktion schaffen einfach nicht mehr das Arbeitspensum von früher – wo bleibt der „Nachwuchs“ ?

Klaus Dillmann schaffte wenigstens einen ausführlichen Artikel zum **3. Dortmunder Nazi-Aufmarsch** am 3. März 2001, und **Stephan W. Born** endlich einen weiteren Artikel in der Reihe „**Antifaschismus – Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie**“.

Dabei geht es – mal wieder – um die „**nationale Frage**“, genauer um das Phänomen der „**Nationalen Anarchisten**“ um den Herausgeber des „**Sleipnir**“, einen Herrn namens **Peter Töpfer**. Das Material zu diesem Artikel stammt überwiegend aus dem **Internet** – in dem auch unsere Zeitschrift inzwischen zu finden ist.

Seit dem 1. März 2001 hat unsere Organisation, der AFB Ruhrgebiet, eine eigene „**Home-Page**“. Sie ist erreichbar unter **www.afb-bbz.de**.

Schaun wir mal, ob wir damit zu einer breiteren Diskussion unserer und anderer Vorstellungen beitragen können – die Meinungen in der Redaktion dazu sind nach wie vor ein wenig geteilt.

Und eine weitere Ankündigung: Mit der Ausgabe **89 (Mai/Juni)** wird die **AntifaZ „15“** – und das wollen wir zum Anlass nehmen, eine größere Antifa-Feier zu organisieren.

Es wäre schön, wenn zumindest ein Teil der Leute, die innerhalb der vergangenen 15 Jahre in der einen oder anderen Weise bei uns mitgearbeitet hat, sich blicken ließ.

Wir würden uns freuen !

Für die Redaktion

WT

GESCHUNDENE KÖRPER ZERRISSENE SEELEN

Misshandlungen und Folter an Frauen

AMNESTY INTERNATIONAL

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März veröffentlichte amnesty international einen Bericht, der sich den zahlreichen Aspekten der Gewalt gegen Frauen widmet.

Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Bericht.

FOLTERUNGEN an Frauen haben ihre Wurzel in einer weltweiten Tradition, die den Frauen nicht die gleichen Rechte zugesteht wie den Männern und die die Vereinahmung des weiblichen Körpers zum Zwecke der persönlichen Befriedigung oder aus politischen Gründen legitimiert.

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben Frauenorganisationen und andere Menschenrechtsaktivistinnen couragiert dafür gekämpft, dass Übergriffen gegen Frauen vorgebeugt und Einhalt geboten wird und dass Frauen mehr Rechte erhalten. In vielen Staaten der Welt haben sie mit ihrem Engagement deutliche Fortschritte erzielen können, und auch auf internationaler Ebene haben sie die Menschenrechtsdebatte in unumkehrbarer Weise beeinflusst.

Doch trotz aller positiven Entwicklungen ist auch heute noch weltweit festzustellen, dass Frauen weniger als Männer verdienen, dass sie über weniger Besitz als Männer

verfügen und dass ihr Zugang zu Ausbildung, Beruf und Gesundheitsfürsorge nicht in demselben Maße wie für Männer gewährleistet ist.

Nach wie vor verhindert die anhaltende Diskriminierung von Frauen, dass sie ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte in vollem Umfang und den Männern gleichgestellt wahrnehmen können.

GEWALT gegen Frauen ist Ausdruck dieser Diskriminierung und zugleich ihr Nährboden. Wo Frauen in der Haft misshandelt, von Soldaten als „Kriegsbeute“ vergewaltigt oder in ihrem häuslichen Umfeld durch ständige Gewaltakte terrorisiert werden, manifestieren – und zementieren – sich die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen. Die Diskriminierung von Frauen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, des sozialen Status oder des Alters leistet der Gewalt gegen Frauen weiteren Vorschub. Ihre Schutzlosigkeit ge-

genüber Gewalthandlungen steigt, während ihre Chancen auf Wiedergutmachung schwinden. Bei den für Gewalt gegen Frauen Verantwortlichen handelt es sich bisweilen um Vertreter staatlicher Stellen – beispielsweise Polizeibeamte, Gefängniswärter und Soldaten – oder um Mitglieder bewaffneter Oppositionsgruppen. Ein Großteil der Gewalt, die Frauen in ihrem Alltag erfahren, geht jedoch von Menschen aus, mit denen sie das Leben teilen, nämlich von Mitgliedern ihrer Familie, von Nachbarn oder auch von ihren Arbeitgebern. Das Ausmaß der Gewalt, die Frauen von Männern angetan wird, deren Kontrolle sie unterliegen, ist ungebrochen.

AMNESTY

INTERNATIONAL hat in der Vergangenheit unzählige Schicksale von Frauen dokumentiert, die in der Haft gefoltert worden sind. In ihrer Berichterstattung über bewaffnete Konflikte hat die Organisation immer wieder den systematischen Einsatz

sexueller Gewalt als Kriegswaffe angeprangert. Seit 1977 recherchiert amnesty international darüber hinaus auch Übergriffe gegen Frauen durch Privatpersonen. In ihrem Kampf gegen Gewalt an Frauen stützt sich amnesty international auf einen menschenrechtlichen Bezugsrahmen. Die Organisation vertritt den Standpunkt, dass Regierungen auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards die Verantwortung zukommt, Frauen vor Gewalt zu schützen, ganz gleich ob die Tat von einem Vertreter des Staates oder auf dessen Veranlassung hin verübt wird oder aber einer Privatperson zuzurechnen ist.

„Ein in einem Wutausbruch ausgeschlagener Zahn; ein gebrochenes Bein als Folge brutaler Gewalt; ein erlöschendes Leben inmitten von Schreien des Terrors tief in der Nacht. Die nur allzu vertrauten Gefilde der häuslichen Gewalt in Kenia sind überzogen mit Geschichten des Jammers; übersät mit unzähligen Verstümmelten; mit obdachlosen Kindern, die in die Kriminalität abgleiten, mit gedemütigten Herzen, die aus Scham aufschreien. Noch immer zählen wir die Toten, denn Tag für Tag erliegt ein weiteres Opfer einem tödlichen Anschlag.“

Dies ist ein Auszug aus einem Artikel, für den die Verfasserin mit einem begehrten Journalistenpreis geehrt wurde (1).

Geschichten über Gewalt gegen Frauen mögen mit Auszeichnungen bedacht wer-

den, doch der konkrete Kampf gegen derartige Übergriffe erfordert Zeit, Ressourcen, Fantasie, politischen Willen – und ein unbeirrbares Bekenntnis zu den Rechten

ihren Bürgerinnen nicht nur angemessenen Schutz, sondern machen sich zum Mittäter von Gewaltaktionen, vertuschen Übergriffe oder lassen sie wissentlich geschehen.



Bina aus Bangladesch: Opfer eines Säureanschlags

Foto: Ugo Panella

der Frau. Staaten haben die Pflicht sicherzustellen, dass niemand Folterungen oder Misshandlungen ausgesetzt wird, weder durch Amtsträger noch durch Privatpersonen. Die Realität jedoch sieht anders aus. Rund um den Erdball verweigern Regierungen

Jahr für Jahr zerstören Gewaltakte in Familie und Gesellschaft das Leben von Millionen von Frauen. UN-Generalsekretär Kofi Annan musste im Juni 2000 einräumen, dass seit der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 Gewalt gegen Frauen überall

verboten wurde, dass aber faktisch die Zahl gewalttätiger Übergriffe gegen Frauen gestiegen ist (2).

Das Versagen eines Staates, sicherzustellen, dass Frauen **g l e i c h e** Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Wohnraum, Nahrung, Erwerbstätigkeit und öffentlichen Ämtern haben, ist ein weiterer Aspekt, der bei der Verantwortung eines Staates für Übergriffe gegen Frauen eine Rolle spielt. Die anhaltende Diskriminierung von Frauen hat zur Folge, dass sie an Entscheidungsprozessen nur unzulänglich beteiligt sind. Damit Frauen ihren Beitrag zu einer Politik, die Übergriffe und geschlechtsspezifische Diskriminierung konsequent bekämpft, leisten können, muss ihren Stimmen auf allen Ebenen staatlicher Machtausübung Gehör verschafft werden.

Von Folterungen und Misshandlungen besonders bedroht sind Frauen aus mittellosen und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Rassistische und sexistische Einstellungen bergen ein zusätzliches Gefährdungspotential. Auch gesellschaftliche und kulturelle Normen, die den Frauen nicht die gleichen Rechte zugestehen wie den Männern, leisten dem körperlichen, sexuellen und seelischen Missbrauch von Frauen Vorschub.

K. aus der demokratischen Republik Kongo, dem ehemaligen Zaire, wurde mit einem Marineoffizier verheiratet, der sie regelmäßig folterte, indem

er sie mit Schlägen und Fußtritten quälte. Oft geschah dies sogar vor den Augen der Kinder des Ehepaars. K. wurde von ihrem Mann wiederholt vergewaltigt und infizierte sich dabei mit einer ansteckenden Geschlechtskrankheit. Außerdem drohte ihr Gatte häufig, sie erschießen zu wollen. Bei einem seiner Gewaltausbrüche schlug er K. einen Zahn aus, verrenkte ihr den Kiefer und versetzte ihr derart brutale Fausthiebe in die Augengegend, dass sie sich Verletzungen zuzog, die genäht werden mussten. Als Folge der Übergriffe litt K. unter anhaltenden Beschwerden im Kopf- und Nackenbereich, an der Wirbelsäule, der Hüfte und den Füßen. Die junge Frau, der es anschließend gelang, in die USA zu flüchten, erklärte, es sei sinnlos gewesen, sich an die Polizei zu wenden, da zum einen ihr Ehemann Verbindungen zur herrschenden Familie unterhalten habe, zum anderen „*im Kongo Frauen nichts zählen*“. Ein US-amerikanischer Einwanderungsrichter, der über den Asylantrag von K. zu befinden hatte, bezeichnete die Übergriffe, die die Frau erlitten hatte, zwar als „*grausam*“, lehnte ihren Antrag auf Asyl aber dennoch ab. Seine Entscheidung wurde in der Berufungsinstanz aufrechterhalten. In der Vergangenheit galt häusliche Gewalt gegen Frauen als Privatangelegenheit und wurde nicht als ein Problem gesehen, das die Frage der bürgerlichen und

politischen Rechte berührt. Inzwischen hat die internationale Gemeinschaft explizit anerkannt, dass Gewalt gegen Frauen eine menschenrechtliche Dimension besitzt und dem Staat hier Verantwortung zukommt.

Nach Statistiken der Weltbank sind rund um den Erdball mindestens 20 % aller Frauen körperlich oder sexuell geschunden worden. Offizielle Studien aus den USA sprechen davon, dass weltweit alle 15 Sekunden einer Frau Gewalt angetan wird und dass jährlich 700 000 Frauen Opfer von Vergewaltigung werden. Untersuchungen in Indien haben zutage gefördert, dass dort mehr als 40 % der verheirateten Frauen nach eigenen Angaben mit Fußtritten oder Schlägen traktiert oder sexuell missbraucht worden sind. Und dies aus den unterschiedlichsten Gründen, etwa aus Eifersucht oder weil der Mann mit der Essenszubereitung oder dem Saubermachen seiner Ehefrau unzufrieden war (3).

In Kenia sind in den Jahren 1998 und 1999 mindestens 60 Frauen an den Folgen häuslicher Gewalt gestorben, und in Ägypten gaben 35 % aller befragten Frauen an, von ihren Ehemännern geschlagen worden zu sein (4).

Für Millionen Frauen ist ihr Zuhause kein Zufluchtsort, sondern ein Ort des Terrors.

HÄUSLICHE GEWALT stellt eine Verletzung des Rechts der Frauen auf körperliche Unversehrtheit dar. Sie kann über Jahre hinweg an-

dauern und von Zeit zu Zeit eskalieren. Nicht selten verursacht sie bei den betroffenen Frauen über die unmittelbaren Schmerzen hinaus schwere und anhaltende gesundheitliche Beschwerden. Es scheint, als würden die körperlichen und seelischen Schrecken erlittener Gewalt lange Zeit nachwirken, bisweilen auch dann noch, wenn die Frau keine Gewalt mehr erfährt. Familiäre Gewalt ist einschüchternd, erniedrigend und demütigend. Sie zerstört die Selbstachtung der Frau.

Gewalt in der Familie nimmt unterschiedliche Formen an. In jüngster Zeit sind – vor allem dank des Engagements asiatischer Frauengruppen – Gewaltakte im Zusammenhang mit Mitgiftforderungen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Zwar kann niemand zuverlässig sagen, wie viele indische Frauen geschlagen, in Brand gesetzt oder auf andere Weise physisch misshandelt worden sind, weil Mitgiftforderungen nicht erfüllt werden konnten, doch liefert eine Erklärung der indischen Regierung, wonach 1998 6929 Mitgiftmorde registriert worden sind, zumindest einen kleinen Anhaltspunkt für das Ausmaß des Problems.

Am 22. September 1992 wurde die örtliche Entwicklungshelferin Bhanwari Devi, die seinerzeit sehr engagiert für die Abschaffung der Kinderehe in Indien aktiv war, von fünf Männern höherer Kastenzugehörigkeit vergewaltigt. Anfänglich weigerte sich die Polizei, die Aussage

von Bhanwari Devi entgegenzunehmen und die Frau von einem Arzt untersuchen zu lassen. Erst verbreitete Proteste führten dazu, dass die indische Regierung eine Untersuchung des Vorfalles veranlasste. Die Ermittlungen, in deren Verlauf Bhanwari Devi einem zermürbenden Verhör mit zudringlichen Fragen unterzogen wurde, erbrachten eine Bestätigung des von ihr erhobenen Vergewaltigungsvorwurfs und führten zur Anklageerhebung gegen die fünf Männer. Der Prozess begann im November 1994 vor einem Gericht unterer Instanz und ging ein Jahr später mit der Urteilsverkündung zu Ende. Das Gericht vertrat die Auffassung, dass angesichts der Verzögerung, mit der Bhanwari Devi ihre Klage bei der Polizei eingereicht habe und ein medizinisches Gutachten habe erstellen lassen, vieles darauf hindeute, dass sie die Vergewaltigung erfunden habe. Ferner merkte das Gericht an, der Vorfall könne sich schon deshalb nicht ereignet haben, weil Männer höherer Kastenzugehörigkeit niemals eine Frau aus einer niedrigeren Kaste vergewaltigen würden. Die Angeklagten wurden vom Vorwurf der Vergewaltigung freigesprochen und lediglich geringfügiger Delikte für schuldig befunden. Auf Bhanwari Devi wurde während des gesamten Prozesses von Seiten örtlicher Gemeindemitglieder und Politiker erheblicher Druck ausgeübt, um sie zur Rücknahme ihrer Klage zu bewegen.

Der Oberste Gerichtshof Italiens hob im Februar 1999 das Urteil eines Berufungsgerichts auf, das einen Fahrlehrer für schuldig befunden hatte, seine 18 Jahre alte Schülerin vergewaltigt zu haben. Die obersten Richter kommentierten die Tatsache, dass das Opfer zum Zeitpunkt des Vorfalls eine Jeans getragen hatte, mit den Worten: „*Es ist allgemein bekannt (...), dass Jeans ohne die aktive Mithilfe der sie tragenden Person nicht einmal teilweise abgestreift werden können.*“ Daraus leitete das Gericht ab, die 18jährige habe dem Geschlechtsakt zugestimmt. Es sah die Vergewaltigung nicht als erwiesen an und ordnete eine Neuverhandlung des Falls vor einem anderen Berufungsgericht an.

Die ai-Dokumentation enthält nach Analyse und Darstellung der weltweiten Formen der Folter an Frauen auch konkrete Forderungen zu ihrer Abschaffung.

Internationalen Abkommen beizutreten und sie im eigenen Land umzusetzen ist dabei ebenso wichtig wie eine Verfolgung der Täter, seien es Polizeibeamte oder die eigenen Verwandten.

Anmerkungen:

- (1) Wanjia N. Githinji erhielt im April 2000 den CNN-Preis für den Journalisten/die Journalistin des Jahres
- (2) (2) AFP, 5. Juni 2000
- (3) „Scream quietly, or the neighbours will hear“, Indian Express, 29. August 2000
- (4) Unicef, „Domestic Violence Against Women and Girls“, Mai 2000.

AUF DEN SPUREN CLARA ZETKINS

Vor gut 90 Jahren wurde er eingeführt, der Internationale Frauentag. Auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin beschlossen im August 1919 etwa 100 Frauen aus 17 Ländern, dass jedes Jahr auf der ganzen Welt am 8. März für die Rechte der Frau gekämpft werden soll. Zentrale Themen waren neben dem Wahlrecht für Frauen – 1919 in Deutschland und 1934 in der Türkei eingeführt – verbesserte Arbeitsbedingungen. Auch in Deutschland gehen wieder Hunderte von Frauen auf die Straße.

Am 8. März demonstrieren Frauen aus aller Welt gegen die Benachteiligung ihres Geschlechts, klagen Rechte ein und tauschen Erfahrungen aus. Der folgende Artikel fragt nach, was dieser Tag für türkische Frauen bedeutet.

„Für mich ist es einfach selbstverständlich, dass man diesen Tag feiert“, meint Derya Günkân. Die Hamburgerin begeht den Tag in ihrem alevitischen Kulturverein, der jedes Jahr eine große Aktion startet. *„Der Saal ist immer voll“,* betont die 24-jährige. Auch dieses Mal erwartet sie rund 400 Gäste. Eingeladen sind Männer und Frauen jedweder Religion. Schwerpunkte sind heute die Situation und Integration der Emigrantinnen in Deutschland. Aber auch die sogenannten Samstags-Mütter in der Türkei, die cumartesi-anneleri.

Immer samstags protestieren sie in Istanbul für ihre nach der Verhaftung spurlos verschwundenen Söhne. Eine alevitische Jugendgruppe reist dieses Jahr eigens aus Izmir an, um einen alevitischen Rituallanz aufzuführen. Gedichte werden vorgetragen und Lieder gesungen – natürlich mit frauenspezifischen Inhalten. *„Bei diesen Veranstaltungen sind durch die Bank alle Altersstufen vertreten“,* versichert Derya Günkân.

Ähnlich sieht es in München aus, wo Derya Biyikli seit ihrer Studienzeit an jedem 8. März aktiv ist. Auch in diesem Jahr wird die 33-jährige in einem interkulturellen Begegnungszentrum feiern. Das gerade zu Ende gegangene islamische Opferfest soll diesmal gleich mitgefeiert werden. *„Nicht nur junge Türkinnen, sondern auch die Frauen der ersten Generation werden zu dieser Veranstaltung kommen, wie jedes Jahr“,* schildert die Münchnerin ihre Erfahrung. Auch die 53-jährige Zehra ist dabei, auf Betreiben ihrer Tochter. *„Ich kann mir vorstellen, dass Frauen mit städtischem Hintergrund die Bedeutung des 8. März schon vor ihrer Ankunft in Deutschland kannten“,* so Derya Biyikli. *„Frauen aus ländlichen Regionen mit schlechteren Bildung-*

schancen und kaum Zugang zu Informationen haben unter Umständen erst später davon erfahren“, vermutet sie. *„Viele türkische Fernsehsender, die über Satellit in Deutschland zu empfangen sind, informieren über diesen Tag“,* berichtet die Akademikerin. Aber auch andere Multiplikatoren, wie beispielsweise Lehrer in Deutschkursen, klären auf. *„Für mich ist es wichtig, dass dieser Tag nicht vergessen wird, zumal Frauenrechte eher weniger werden, als dass sie bewahrt würden“,* betont Derya Biyikli. Hin und hergerissen ist Özlem Topcu. Im Grunde begrüßt sie solche Aktionstage. Allerdings findet sie es *„erbärmlich, dass es in der heutigen Gesellschaft immer noch Sonderregelungen geben muss, um vermeintlichen Minderheiten oder benachteiligten Gruppen unter die Arme zu greifen. Schließlich sind wir im 21. Jahrhundert und sollten mittlerweile so weit sein, dass wir das nicht mehr nötig haben“,* sagt die 24-jährige Hamburger Studentin.

Eher unbeteiligt bleibt Oya Karabiyik. Sie kann mit dem Begriff nur wenig anfangen. *„Bisher habe ich mich mit dem 8. März noch nicht auseinandergesetzt“,* gesteht die 39-jährige Türkin aus Bremen. Daher ist es für sie heute ein ganz gewöhnlicher Tag. Grund zum Protestieren hat Oya Karabiyik nicht, da sie mit ihrer Situation zufrieden ist. *„Ich fühle mich in meiner Existenz nicht bedroht“,* so die erfolgreiche Juristin. Ähnlich sieht es Canan Sevil: *„Ich gehöre wohl zu der Generation von Frauen, die das übernimmt, was ihre Vorgängerinnen geschafft haben.“* Bis jetzt habe sie auch nicht festgestellt, dass solch ein Tag etwas bewegt oder gar verändert hätte, bedauert die Studentin der Islamwissenschaften aus Hamburg. *„Viele Dinge, die mit Frauen zu tun haben, gehen eh unter und werden nicht wahrgenommen“,* glaubt sie. Dennoch gibt sich Canan Sevil kämpferisch: *„Wenn es sein müsste, würde ich jederzeit auf die Straße gehen“!*

Beyhan Sentürk (in: Persembe Nr. 26)

Ein großer Sieg in Dortmund?

Der militärische Jargon schlug schon vor dem 3. März durch, als der DGB-Kreisvorsitzende Eberhard Weber lederbejackt im Gehabe eines Generals auf der Versammlung des Bündnisses „Dortmund gegen Rechts“ am 21.02.2001 im Fritz-Henßler-Haus vor den Anwesenden dozierte. Er trat respekttheischend auf, als sei er der herbeigerufene Führer der Dortmunder Arbeiterklasse und könne daher beanspruchen, daß man ihm folge. Knallhart hieß es da: „*Es reicht!*“ Von „*Demarkationslinien*“ war die Rede und davon, daß Demonstrierende irgendwohin „geführt“ werden müßten, um das neue polizeiliche Konzept, die Fronten auseinanderzuziehen, nicht zu stören. War man dort bei dem Treffen eine Woche zuvor noch darauf eingestimmt gewesen, gestützt auf entsprechende Zusagen von Polizeibeamten den in den Landtag eingeladenen Jugendlichen gegenüber, möglichst nahe an den Naziaufmarsch heranzukommen, so konnte davon nach den in der Zwischenzeit geführten „harten Verhandlungen“ zwischen Polizei und DGB (wozu selbstredend auch die Gewerkschaft der Polizei gehört), bei denen den Sprechern des Bündnisses quasi die Rolle von andächtigen Gefolgsleuten zugedacht war, keine Rede mehr sein. (Sie wurden dieser Rolle an dem Abend gerecht.)

Nach dem 3. März feierte insbesondere die *Westfälische Rundschau* einen großen Sieg und titelte „*Tausende bilden Menschenkette in der Nordstadt*“, „*20.000 protestierten gegen Neonazis*“ auf der einen Seite und „*Ein Häufchen Neonazis schlich jämmerlich durch die Straßen*“ auf der anderen. Als großer Sieger gefeiert wurde die Polizei, die alles fest im Griff hatte. Und der im alten Jahr so arg gebeutelte Dortmunder Polizeipräsident wurde geradezu als der eigentliche Stratege des Antifaschismus präsentiert. Wie war es dazu gekommen? Was ist davon zu halten?

Zum Nazi-Aufmarsch

Statt der vom Anmelder angekündigten 500 waren rund 300 Nazis auf dem Park-&-Ride-Parkplatz am Dortmunder Hafen aufmarschiert, um einmal mehr unter Führung des aus Hamburg angereisten Anwaltsgehilfen und Erben einiger Miethäuser, **Christian Worch**, Sätze zu skandieren wie: „*Frei, sozial und national!*“ - „*Hier marschiert die deutsche Zukunft*“ (Die Parole „*Hier marschiert der nationale Widerstand!*“ war ihnen gerichtlich verboten worden).

Während der gegen die türkische Bevölkerung in Deutschland gerichtete Ruf erschallte: „*Ali, Mehmet, Mustafa, fahrt zurück nach Ankara!*“ griff die Polizei zu und zog, laut *Westfä-*

lischer Rundschau vom 05.03. deswegen, zwei Nazis aus dem Verkehr. Sollte das tatsächlich der Grund gewesen sein, so wurde damit der Gleichheitsgrundsatz verletzt, denn diese Parole wurde während des gesamten Demonstrationzuges von den Nazis stakkatomäßig immer wieder gerufen.

Die Aufforderung an eine ethnische Minderheit, das Land zu verlassen, stellt - ähnlich wie etwa 1933 der SA-Ruf „*Kauft nicht bei Juden!*“ - eine Volksverhetzung und Drohung dar, die angesichts der langen Kette der von deutschen Neonazis und Rassisten bereits verübten Gewalttaten und etlicher Morde an dieser Bevölkerungsgruppe von vielen der so Angesprochenen sehr ernst genommen wird;

die Polizei hätte also sämtliche Rufer sofort festnehmen müssen, statt sich auf einen symbolischen Akt, zwei Rufer herauszugreifen, zu beschränken.

Redner forderten die aufmarschierten Nazi-Schläger zudem auf, sich die Gesichter der Anwohnenden, die ihr Mißfallen bekundeten, und der wenigen bis zur letzten polizeilichen Absperrung vorgedrungenen Gegendemonstranten genau einzuprägen, denn das seien ihre Feinde. Auch da griff die Polizei nicht durch.

Die Nazis konnten sich unter Polizeischutz gerade mal im unmittelbaren Bereich um ihren Ausgangspunkt herum bewegen, über den Sunderweg bis zur Scharnhorststraße, hatten also eine Strecke von ca. 1 km

zu laufen. (Gegenüber ihrer ursprünglichen Absicht, bis zum Nordmarkt zu ziehen, war diese ihnen abgenötigte Einschränkung demütigend. Vielleicht sind auch daher etliche von ihnen dem Aufruf nicht gefolgt und zu Hause geblieben. Der ungefähre Bewegungsbereich der Nazis war am Tag zuvor in der Lokalpresse veröffentlicht worden.)

Für die große Mehrheit der Nazigegner war zwar nicht unmittelbar an der Schützenstraße, wohl aber an der Gillessenstraße kein Durchkommen mehr möglich.

Immerhin hatte die Polizei diesmal einer kleinen Gruppe von Nazigegnern, sozusagen stellvertretend für alle, die Möglichkeit belassen, den Nazis ihre Abneigung direkt zu zeigen. Sie taten es - wie auch viele der Anwohnenden - mit Rufen wie: „Nazis raus!“ und laut schallender türkischer Musik.

An ihre Adresse richteten sich wütende Schimpfkanonaden des ehemaligen **FAP-Bundesvorsitzenden Busse** aus Bochum, der sie allesamt als „Abschaum und Untermenschen“ titulierte und ihnen androhte, sie eines Tages an den Galgen zu bringen. Er und einige andere outeten sich angesichts des wohl nicht erwarteten, wegen der geringen Zahl jedoch vergleichsweise spärlichen Gegenwindes deutlicher, als sie eigentlich wollten, und brachten so den verbrecherischen Charakter ihrer Programmatik gültig zum Ausdruck.

Und das vor laufenden Kameras. Dümmer kann man sich nicht anstellen.

Was daraus werden wird, hängt allerdings davon ab, in welcher Weise die Polizei ihre Videos gegen sie auch strafrechtlich auswerten wird, was Beamte einigen empörten Nazigegnern zusagten, und wie die Justiz damit umgehen wird.

Das mag kühler kalkulierende Schlipsfaschisten mit Gymnasi-

albildung wenig beeindrucken. Sie gehören in dieser Gesellschaft zu den Privilegierten mit guten Beziehungen zu Geldgebern, und dies erlaubt es ihnen, ihre Gefolgsleute, wenn diese mal für sie unangenehm aus der Reihe tanzen, abzukanzeln. Nicht weil diese gewalttätig geworden sind, sondern weil sie es so läppisch gemacht haben, daß ihre Führer deswegen mit Vorhaltungen rechnen müssen. Es ist ein Klassenunterschied, der sich da in den Reihen der Nazis bemerkbar macht und den sie nicht völlig hinwegreden können.

Für ihr Gefolge, die nach Dortmund gekommenen Stiefelfaschisten (die allerdings ihre Stiefel an diesem Tag zu Hause lassen mußten), die meist zu den zu kurz Gekommenen in dieser Gesellschaft gehören und daher ihre Gefühle nicht so gut verhehlen können, war es jedenfalls kein guter Tag. Vor der Menschenmenge etwa am Nordmarkt hätten sie, wären sie damit konfrontiert worden, an diesem Tag sicher das Hasenpanier ergriffen. Zumindest vor denen, die ebenfalls aus den Unterschichten dieser Gesellschaft kommen, aber den Nazispuk entschieden ablehnen und sich am Nordmarkt zwischendurch als eigener (autonom) Block formiert hatten. Die Fronten an der Basis unserer Gesellschaft sind klarer umrissen, das bringt schon der tägliche Kampf ums Überleben und auch der Alkoholismus mit sich, man ist weniger bereit, mit dem Gegner groß Federlesens zu machen. Sie, die eigentlich Klassenbrüder sein müßten, wenn sie an ihrer Lage etwas ändern wollen, stehen sich da spinnefeind einander gegenüber. Die Ideologie der Autonomen hat wenig Ansatzpunkte, um daran etwas zu korrigieren. Es ist vor allem die moralische Empörung, die sie bei ihrer Kampfbereitschaft gegen die Nazis antreibt, und das Wissen,

daß es irgendwann zum Kämpfen zu spät sein kann, wenn man sich auf Polizei und Justiz verläßt.

Dieses das Bewußtsein, daß sie es nicht nur mit geduldigen Schafen zu tun haben, erhellende Messen der Kräfte hat den Nazis die Staatsgewalt gnädigerweise wieder einmal erspart.

Dagegen sah sich die Polizei nach Abschluß der Nazischlußkundgebung genötigt, vorübergehend den Dortmunder Hauptbahnhof abzusperren, damit die Nazis unbehelligt nach Hause fahren konnten. Dabei kam es dennoch zu Auseinandersetzungen mit Antifaschisten, wobei die Polizei wiederum diese als Störer begriff und teilweise mit dem Schlagstock behandelte. Selbst ausgewiesenen Funktionärinnen der ÖTV, die u.a. den Polizeibutton „Gegen Haß und Gewalt“ trugen, wurde der Zugang zum Hauptbahnhof versperrt. Offenbar wurden auch sie als störend betrachtet.

Die Gefolgschaft der Nazi-Führer wird aus solchem Verhalten der Staatsgewalt aller Voraussicht nach nichts lernen können, was sie von ihrem Treiben abbringen könnte. Solange die „Kameraden“ ihren Führern, was immer diese auch von ihnen verlangen, hündisch aus der Hand fressen, werden sie in ihrem Tun eher bestärkt.

Die **staatlichen Ausstiegsprogramme**, auf die sich die **Schröder-Fischer-Regierung** so viel zugute hält, kommen für sie ohnehin nicht in Betracht, denn sie sind für die Herrschenden, wenn diese sie nicht für grobe Arbeiten gebrauchen können, nichts wert, sie sind überflüssig.

Darum schlagen sie auf andere Unterprivilegierte ein, die für sie greifbar sind und in denen sie eine reale Konkurrenz erblicken. Sie haben sonst nichts, an das sie sich klammern könnten. Ihre Konkurrenten aus der Tür-

kei etwa können sich mehr oder weniger gut auch deutsch verständigen; wenn sie aber türkisch reden, stehen diese deutschen Unterprivilegierten häufig da wie die Ochsen vor dem Berg. Sie empfinden sich als die Gelackmeierten. Das macht sie rasend, und viele ihrer Gewalttaten resultieren aus solch angestauter Wut. Ein Entinnen bietet ihnen die bestehende Gesellschaft nicht. Das muß man nüchtern so sehen. Man kann es als eine soziale Dimension des Problems Faschismus begreifen.

Antinazi-demonstrationen

War zunächst noch von Sternmärschen auf den Nordmarkt zu die Rede gewesen, so blieb von dem Stern nur ein Zacken übrig: der vom Bündnis „Wir stellen uns quer“ über Flugblätter, verklebte Plakate und an die Nordstadt-Bewohner verteilte Rote Karten propagierte Demonstrationzug ab dem Dortmunder Hauptbahnhof, ab 10.30 Uhr, zu dem sich eine beachtliche Zahl von Menschen (knapp tausend) eingefunden hatte. Er sollte am Nordmarkt enden und wurde begleitet von einer Gruppe ausgewiesener Beobachterinnen und Beobachter, die jeden Übergriff registrieren sollten.

Auf den Nordmarkt hin (Beginn 12 Uhr) hatte vor allem der DGB mit seinem Flugblatt orientiert. Dort versammelten sich etwa 5.000 Demonstrierende, um nach Redebeiträgen von etwa 1 Stunde einen Demonstrationzug in Richtung Schützenstraße zu bilden. Als der Demonstrationzug des Bündnisses „Wir stellen uns quer“ gegen 12 Uhr am Nordmarkt eintraf, konnte man schon von weitem das Schwenken türkischer Fahnen erkennen, und ein kurdischer Demonstrant wußte, daß es sich bei den Fahenschwenkern um türkische Faschisten handelte. Also

ein ganz großes antifaschistisches Bündnis mit Faschisten im Boot des DGB? Politisch hat sich da offenbar der gute Draht zum Dortmunder Ausländerbeirat bemerkbar gemacht. Das Bild wurde wieder einmal von den „Anständigen“ geprägt. Zur Zierde der „Anständigen“ waren diejenigen erschienen, die das Transparent und zahl-

Angels (mit eigenem Song „Wir sind dagegen, was hier passiert“) und die kurdische **Tanzgruppe des Anne-Frank-Gymnasiums**.

Tausende sind an diesem Samstag östlich der Schützenstraße den Reden des Oberbürgermeisters **Dr. Gerhard Langemeyer**, des DGB-Chefs **Eberhard Weber**, die trotz der



Borchardt, Worch und Busse

Foto: Tjade Poppinga

reiche Papptafeln in den Farben des BVB Borussia Dortmund mit der gelben Hand auf schwarzem Grund mit sich führten. Das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ war in Gnade aufgenommen und für sein Stillhalten belohnt worden.

Volksfest in der Nordstadt

Zwischen Schützenstraße und Nordstadt herrschte ein großes Wir-Gefühl vor. Aufgereiht nebeneinander gab es drei Bereiche, durch LKWs und Schaubühnen gekennzeichnet. Am nördlichen Ende der DGB, in der Mitte das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“, wo man mitten in dem Trubel tapfer wie Zinnsoldaten seine Transparente hochhielt, am südlichen Ende die Kirchen. Es wurden kulturell einige gute Beiträge geboten. Beeindruckt haben mich unter dem reichhaltigen Angebot insbesondere die vom Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ für das Kulturprogramm aufgegebenen **Cattish**

Tatsache, daß sie den Nazis und der Polizei (der die *Ruhr-Nachrichten* später trotz erneut erheblicher Bewegungseinschränkungen für die Anwohnenden ein „bundesweit vorbildliches Konzept“ attestierten) den Raum westlich der Schützenstraße überlassen hatten, ordentlich auf den Putz hauten, und anderer gefolgt. Langemeyer, der ursprünglich angekündigt hatte, in der ersten Reihe mitmarschieren zu wollen, tonte: „Kein Meter Raum für Haßparolen und Ausländerhetze!“. Von Weber war zu vernehmen: „Wir sind uns einig. Bei uns haben Neonazis keine Chance.“ Der Held des Tages aber war der vornehmerweise abwesende Dortmunder Polizeipräsident.

Somit blieb auch den tausenden Nazi-Gegnern, die sich da versammelt hatten, nichts als eine Statistenrolle zugeadacht. Beeindruckend ist zwar, daß eine solch große Zahl von Menschen an einem doch verhältnismäßig kalten Tag auf die

Straße geht, aber nicht, was sie taten, war entscheidend, sondern daß sie nichts taten, was die Polizei in ihrem Konzept hätte stören können. Darum wurden sie nachträglich in den Medien gelobt.

Den auf Spruchbändern auf der Demonstration des Bündnisses „Wir stellen uns quer“ verbreiteten Slogan „Kein Frieden mit Deutschland!“ werden die meisten von ihnen, sofern sie ihn wahrgenommen haben, nicht verstanden haben. Sie sind doch friedlich und deutsch. Und gehen wohl durchweg davon aus, daß Friedfertigkeit auch schon Einsatz für den Frieden beinhaltet; zumindest dürfte manchen von ihnen schwer zu vermitteln sein, daß der Kampf für den Frieden sich erforderlichenfalls auch unfriedlicher, die Polizei störender Mittel bedienen muß. Wie viele von ihnen beispielsweise die oben angesprochene soziale Dimension des Problems erfassen, läßt sich nicht ermitteln. Sie also mit derartigen Slogans zu konfrontieren, ist ein Eigentor.

Das große Wir-Gefühl fand gegen 15.30 Uhr an der Schützenstraße mit einer Menschenkette seinen stimmungsvollen Abschluß.

Neue Rolle der Polizei?

Mit rund hundert Beamten war die Polizei im Vorfeld an den Schulen aktiv geworden, um ihnen beizubringen, was Antifaschismus heißt. Bereits seit längerem wird an zahlreichen Schulen Zivilcourage gegen Rechts eingeübt, z.B. in Form von Rollenspielen, in denen Konfliktsituationen nachgestellt werden. Es geht dabei weniger um die politische Dimension des Faschismus als vielmehr um die Auseinandersetzung mit rassistisch-faschistisch motivierten Gewalttätern im Alltag. Das bot den Polizeibeamten Anknüpfungspunkte. Bei provozierendem Auftreten von Ein-

zeltätern sollen sie Mut zeigen, angesichts von Nazidemonstrationen aber Zurückhaltung üben und deren Behandlung der Polizei überlassen, also: sich ruhig verhalten und von den Brennpunkten der Auseinandersetzung möglichst fernbleiben. Die Polizei habe nun einmal die demokratische Pflicht, auch unliebsame Demonstrationen zu schützen. Dies sollten sie akzeptieren. Unter diesen Voraussetzungen wurden sie geradezu dazu aufgefordert, an diesem Wochenende „Flagge zu zeigen“. So wurden Schüler auch dazu angehalten, das Polizeiflugblatt (siehe weiter unten) in Hausbriefkästen zu stecken, und taten das auch.

Worte der Entschuldigung für das bisherige Einkesselungs-Vorgehen der Polizei gerade den Jugendlichen gegenüber waren aus den Schulen nicht zu vermelden. Da steht der in Polizeikreisen vorherrschende Korpsgeist vor, denn man will ja nicht den eigenen Kollegen in den Rücken fallen. Und der von dem Schwerter Anwalt Rainer Budde erwirkte Gerichtsbeschluß, in dem der Polizeikesel vom 21.10. für unrechtmäßig erklärt wurde, kam erst kurz vor dem 03.03. zustande.

Im Stadtteil selbst zeigte die Polizei in der Woche vor dem Naziaufmarsch Präsenz, unter anderem mit einem zweisprachigen Flugblatt, auf dem das Konterfei des Polizeipräsidenten zu sehen ist und in dem versprochen wird: „Die Dortmunder Polizei wird alles tun, um Ihre Sicherheit zu gewährleisten, Sie vor Gewalttätern schützen, konsequent gegen Gewaltbereite/Gewalttätige vorgehen und Rechtsverstöße verfolgen.“

Dafür allerdings mußten die Nordstadtbewohner einiges in Kauf nehmen: „Verkehrsbeeinträchtigungen werden sich zeitweise nicht vermeiden lassen. Die Parkplätze

werden knapp sein. Stellen Sie sich bitte darauf ein und nutzen Sie möglichst öffentliche Verkehrsmittel.“ (Wie etwa für Zugfahrten oder als Durchgangstation der U-Bahn den Dortmunder Hauptbahnhof?)

Ausgerechnet vor dem Türkischen Kulturzentrum (dessen Betreiber in der Nachfolge der Grauen Wölfe stehen) errichteten sie ihren Informationsstand und ließen das auch noch in der Lokalpresse ankündigen. Darauf von mir über das von der Polizei eingerichtete Bürgertelefon angesprochen, erklärte mir ein Polizeibeamter, auch sie seien Türken und daher bedroht. Daß deutsche und türkische Faschisten Hand in Hand arbeiten könnten (wie in der Vergangenheit wiederholt geschehen), war der Polizei offenbar ein fremder Gedanke.

Fußgängern gegenüber, von denen Polizisten an den Absperrungen angesprochen wurden, erwiesen diese sich als ausgesprochen höflich und waren sich wohl auch des in der Vergangenheit von der Polizei zerschlagenen Porzellans bewußt. Einige von ihnen hatten seit Monaten kein freies Wochenende mehr gehabt und äußerten den Wunsch, daß die Justiz hier einmal ein Machtwort spricht. Ein Beamter mir gegenüber sinngemäß: „Wenn Sie immer auf die Polizei einschlagen, so schlachten Sie das falsche Schwein. Verdient hätte das der Richter beim Oberverwaltungsgericht Münster, der die Naziaufzüge erlaubt hat. Dem müßten Sie Feuer unterm Hintern machen.“

Den Namen des Richters jedoch nannte er nicht. Auch Verärgerung darüber, daß die Nazis so gute Rechtsanwälte haben, konnte man von Polizisten hören. Ein anderer Beamter äußerte folgendes Selbstverständnis: „Wenn wir die Fronten nicht auseinanderziehen, gibt es Mord und Totschlag zwischen den verfeindeten Grup-

pen. Das müssen wir verhindern.“ Das ist sicher nicht ganz falsch, auch wenn die politische Problematik dabei auf die Anwendung körperlicher und/oder verbaler Gewalt reduziert wird. Diese ist jedoch in der strukturellen Gewalt unserer gegenseitigen Gesellschaft vorprogrammiert. Polizeibeamte können bei Zuspitzungen (wie etwa Castor-Transporten) leicht zwischen die Fronten geraten. Eine mir bekannte Polizeibeamtin, die ich fragte, ob sie auch bei den Nazi-Demonstrationen eingesetzt war, sagte: „Gottseidank nicht! Aber wenn demnächst die Castor-Transporte wieder anfangen, werde ich wohl nicht daran vorbeikommen, ob mir das nun paßt oder nicht. Eigentlich bin ich ja dagegen.“

Polizeibeamte könnten trotz Streikverbots für Beamte, wenn sie es denn in größerer Zahl tun, sich dagegen wehren, politischen mißbraucht zu werden. Man wird allerdings nicht verkennen dürfen, daß sich innerhalb des Polizeiapparates zahllose Beamte befinden, die diese Aufgaben gern wahrnehmen, da sie rechtsgerichtet sind. Würde es ins Belieben der Polizei gestellt, wer zu solchen Einsätzen bereit ist und wer nicht, so sähen die Auseinandersetzungen um einiges härter aus.

Einige Redner zwischen allen Fronten

Positiv ist zu bewerten, wenn der Sprecher des Bündnisses „Dortmund gegen Rechts“, **Mark Rudolff**, dessen Credo an Gandhi angelehnt in Gewaltfreiheit besteht, die er gegen Gewaltlosigkeit abgrenzen möchte, in seiner Rede mit Blick auf die von Nazis und Rassisten verübten Morde zum Ausdruck bringt: „Die Verbrechen zeugen von der Gefährlichkeit ihrer Gesinnung. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Die Konsequenzen dar-

aus hätte er allerdings - wenn er sich und das Bündnis insgesamt denn schon den Vorgaben der Polizei untergeordnet hat - auch ziehen dürfen: Verbrechen aber müssen in einem demokratischen Gemeinwesen verboten sein. Sie dürfen sich auch nicht unter Polizeischutz als politische Kundgabe äußern. Faschistische Organisationen sind von ihren politischen Grundlagen her verbrecherisch und gehören verboten. Dagegen dachte einer der Redner, der in Dortmund wohnhafte Regierungspräsident **Wolfram Kuschke**, mal wieder laut darüber nach, stattdessen das Demonstrationsrecht (natürlich für alle) einzuschränken: „Ein demokratischer Staat muß darüber nachdenken, ob er das Versammlungsrecht noch gewährleisten kann.“ Und zwar weil die Gerichte den Nazis ihre Aufmärsche gestatten. Die mißbräuchliche Auslegung dieses Rechts durch Gerichte zugunsten der Nazis soll also dazu dienen, erneut ein demokratisches Recht zur Disposition zu stellen. Mit dem Argument der Bekämpfung des Faschismus kann so Demokratie ausgehöhlt werden. Faschistische Organisationen haben, folgt man dieser Logik, die Funktion, den Herrschenden dabei behilflich zu sein, daß sie dem Volk Rechte beschneiden können. Das so gern beschworene „hohe Gut der Demonstrationsfreiheit“, das die Polizei angeblich ohne Ansehen der Personen demokratisch legitimiert verteidigt, hätte, wenn es nach demokratischen Grundsätzen ginge, seine Grenze, wenn es um Menschenrechte (etwa um den Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung) geht. Die Nazis mißbrauchen die ihnen belassene Demonstrationsfreiheit, um die Menschenrechte öffentlich mit Füßen zu treten. (Der deutsche Staat führt zwar offiziell um der Menschenrechte willen gelegentlich Krieg - wobei

denen, deren Menschenrechte da geschützt werden sollen, auch die massenhafte Vergiftung mit abgereichertem Uran zugemutet werden darf -, in der innenpolitischen Auseinandersetzung jedoch zeigt sich, um es gelinde zu formulieren, daß sie für ihn nicht das höchste Gut sind.)

Gegen Neonazis als Einzelpersonen dagegen äußerte sich Kuschke unerbittlich. Er will Neonazis zu unerwünschten Personen in Dortmund erklärt sehen. „Wir wollen sie nicht als Bürger dieser Stadt.“ Und wo sollen sie hin? So verständlich es sein mag, wenn viele seiner Zuhörer rufen: „Nazis raus!“ so wenig bietet das eine Lösung, da es kein Draußen gibt, das nicht für andere ein Drinnen wäre. Wenn für sie aber nirgendwo Platz ist, was bleibt dann noch? Eine Todesstrafe



Auge in Auge

Foto: WAZ

wollen wir doch nicht. Mit ihnen als Einzelpersonen wird man sich also wohl oder übel auseinandersetzen müssen, solange wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, die ihnen immer wieder Anknüpfungspunkte für ihre falsche Ideologie bietet. Für die Gesellschaft gefährlich wird ihre Gesinnung, wenn sie sich organisatorisch etablieren kann.

Eine Unterschriften- aktion

Etwas mehr als eine Woche lang wurden vor dem 3. März in der Dortmunder Nordstadt auf Initiative von **DIDF Genclik** durch Trupps aus Deutschen und Nichtdeutschen entlang der erwarteten Nazi-Route unter der an den Oberbürgermeister gerichteten Forderung „Wir fordern das Verbot jeglicher Nazi- und Rassisten-Aufzüge, aktuell des Aufmarsches am 3.3. in der Dortmunder Nordstadt“ (Text auch türkisch und englisch) Unterschriften gesammelt und bei **EKID (Verein für Internationale Kultur und Kommunikation)** in der Oesterholzstraße 8 gelagert. Ein Teil der rund 1000 bis zum 3.3. gesammelten Unterschriften konnten dem Oberbürgermeister nach seiner Ansprache auf dem Nordmarkt öffentlich überreicht werden. In der Begründung zu dieser Forderung hieß es u.a.:

„Die Nazis haben angekündigt, daß sie alle 2 Monate in Dortmund aufmarschieren wollen, 'bis Dortmund deutsch und frei ist' (Christian Worch auf der Nazi-Kundgebung in Dortmund am 16.12.2000) Das ist nicht nur Größenwahn, sondern eine Drohung an die Hälfte der Bewohner der Nordstadt. Erklärtes Ziel ist der 'Kampf um die Straße', die Verbreitung von Straßenterror gegen alle, die irgendwie 'undeutsch' aussehen, fühlen, denken, handeln.

Dabei nutzen sie die bestehenden Konkurrenzverhältnisse und die Existenzunsicherheit aus. Haben sie sich in der Nordstadt festgesetzt, steigern sie Überwachung und Terror, bis niemand mehr wagt, sich ihnen in den Weg zu stellen. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Kultur und religiöser Überzeugung sollen nach dem Willen der Nazis nicht zueinander finden, sondern einander mit Mißtrauen und Haß begegnen. Noch sind

die Nazis eine kleine, aber lautstarke und gewalttätige Minderheit. In den letzten 10 Jahren gegen 100 Morde auf das Konto von Nazis und Rassisten. Und diese Typen berufen sich auf ihr demokratisches Recht der Versammlungsfreiheit gegen Links, nutzen die Verwaltungsgerichte und die Parteienprivilegien ... für ihre Zwecke und beanspruchen ein teures Riesenaufgebot an Polizei zu ihrem Schutz. Die staatlichen Einrichtungen der kapitalistischen Demokratie sollen ihnen schrittweise die Mehrheitsverhältnisse schaffen, zu denen sie von sich aus nicht fähig sind. Lassen wir das nicht zu! Machen wir den Nazis einen Strich durch die Rechnung! Schließen wir uns zusammen ... Wir betrachten es als Skandal, daß die Nazis hier marschieren dürfen, während zugleich von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat das Verbot einer der Nazi-Parteien betrieben wird. Dieser Widerspruch läßt uns zweifeln, ob es mit der Verbotsabsicht ernst gemeint ist. Wir sind der Meinung: Volksverhetzer haben hier nichts zu suchen, sie müssen verboten sein.“

In den örtlichen Zeitungen der Folgeweche (ab dem 05.03.) fand diese Aktion allerdings keine Erwähnung. Sie soll fortgesetzt werden, bis die Naziaufmärsche in Dortmund vom Tisch sind, wobei jeweils der aktuell zu erwartende Naziaufmarsch thematisiert wird. Der nächste ist für Essen angekündigt.

Zur Heuchelei der Herrschenden

Das Auseinanderdividieren von „gewaltfreien“ und „gewaltsamen“ Antifaschisten hatte an diesem 3. März kaum Raum. Das ansonsten nichtsagende Flugblatt des DGB mit dem Titel „Es reicht!“ klang zwar martialisch, aber eingeschworen werden sollte man

auf Friedlichkeit, so als sei es ganz selbstverständlich, den Nazis für ihre Propaganda einen Stadtteil (bis zur „Demarkationslinie“) zu überlassen, und dazu noch einen Teil der zu etwa zur Hälfte von Nichtdeutschen bewohnten Nordstadt. Es wird eben noch lange nicht reichen. Und gar von einem Sieg zu reden, erscheint da reichlich blauäugig. Das Bündnis „Wir stellen uns quer“ wollte nicht wieder den Buhmann in den Medien abgeben. Es verwies in einem kurzen, vor dem 3. März in 4 Sprachen (außer Deutsch auch Türkisch, Polnisch und Serbisch) in der Nordstadt verteilten und dort überwiegend positiv aufgenommenen Flugblatt auf einen Zusammenhang, der in den Ansprachen und in den Medien nicht beleuchtet wurde: „Seit 1990 sind dem Naziterror über hundert Menschen zum Opfer gefallen. Diese alarmierende Zahl erscheint verschwindend gering, wenn sie mit der mörderischen Bilanz der offiziellen Flüchtlingspolitik verglichen wird. Im Zeitraum von 1993 bis 2000 wurden an den Außengrenzen der 'Festung Europa' über 2000 Todesfälle registriert. Ob Menschen legal oder illegal in den Tod getrieben werden, ist für die herrschende Politik entscheidend. Für die Opfer ist der feine Unterschied zwischen ordentlichen Politikern und ordinären Nazis bedeutungslos. Von BGS-Beamten 'versehentlich' bei der Abschiebung erstickt zu werden, ist nicht 'humaner', als von einer Horde von Nazis zu Tode gehetzt zu werden.

Lieber ein anständiger Aufstand als ein Aufstand der Anständigen! ... Wer über den rassistischen Staatsterror nicht reden will, soll uns nichts über den faschistischen Straßenterror erzählen!“

KD

DIE FRAUEN IM FASCHISMUS, IM WIDERSTAND UND IHRE KONSEQUENZ NACH DEM 2. WELTKRIEG

Der Faschismus in Deutschland bedeutete auch für die Situation der Frau einen schweren Rückschlag. Die Rechtlosigkeit der Frau zog sich zwar schon durch alle Gesellschaftsordnungen und alle geschichtliche Epochen, aber zu allen Zeiten hatte es Bewegungen gegeben, die Rechte der Frau zu erweitern, um eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau zu erreichen.

So wurden z.B. von Clara Zetkin auf dem Gothaer Parteitag der SPD schon 1875 folgende Programmpunkte gefordert:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes
2. Anstellung weiblicher Fabrikinspektorinnen
3. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied des Geschlechts
4. Volle politische Gleichberechtigung für die Frau
5. G l e i c h e Bildungsmöglichkeiten und freie Berufstätigkeit beider Geschlechter
6. Privatrechtliche Gleichstellung beider Geschlechter.

So beinhaltete die proletarische Frauenbewegung die Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen den ökonomischen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Stellung der Frau sowie ihrer individuellen Privatsphäre.

Welche katastrophalen Auswirkungen der herannahende Faschismus für die ökonomische, gesellschaftliche und persönliche Lage der Frau haben würde, fasste Clara Zetkin als Vorsitzende der Leitung der Internationalen „Roten Hilfe“ in einem Aufruf an alle

fortschrittlichen Menschen der Welt zusammen, in dem es unter anderem hieß: *„Werkstätige Frauen, denkt daran, dass der Faschismus Euch die Rechte nimmt, die Ihr Euch in erbitterten Kämpfen erobert habt, dass er Euch das Recht auf Selbständigkeit und Arbeit verweigert. Denkt daran, dass das Reich Euch zur Magd des Mannes und zu einer Gebärmaschine degradieren will. Vergesst die mutigen Frauen, die Kämpferinnen, nicht, die der Faschismus in seinen Verliesen gefangen hält.“*

Aber der drohende Faschismus gefährdete nicht nur die Lage der Frau, sondern sämtliche demokratische Bewegungen. Deshalb wandte sich Clara Zetkin 1932 an das deutsche Volk und die Weltöffentlichkeit, um auf die drohende Gefahr des Faschismus aufmerksam zu machen. Als älteste Abgeordnete des Deutschen Reichstages eröffnete sie im August 1932 den Reichstag mit einer Anklagerede gegen den Faschismus. Schon damals beschwor sie in dieser Rede das Bild des kommenden imperialistischen Weltkrieges herauf und rief die Frauen und Männer auf, den einzigen Weg zur Verhinderung des Krieges zu beschreiten: die Schaffung der Einheitsfront aller Werktätigen.

Bevor wir näher auf die Lage

der Frauen im Faschismus eingehen, noch kurz zur Ideologie, mit der dieses Regime seine Macht aufbaute.

So ließen die Faschisten, unterstützt vom deutschen Großkapital, nichts unversucht, um die Macht zu erringen und ihre menschenfeindlichen und räu-

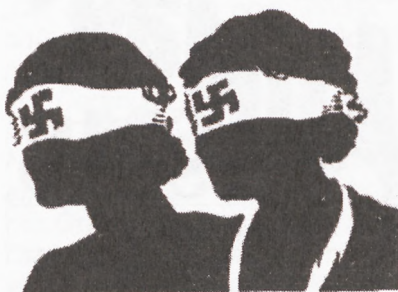


Plakat der KPD 1930

berischen Ziele zu verwirklichen. Dazu brauchten sie die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung und mussten die Energien und die Opferbereitschaft der Massen mobilisieren. Dazu brauchten sie ein Netz von Scheintheorien und Ideologien, die dem Volk die Überzeugung vermitteln sollten, dass die Interessen der Nazis auch die ihren seien.

Um dies zu erreichen, knüpften sie einerseits geschickt an bestehende Vorurteile an und verdrehten andererseits fortschrittliche Ideen für ihre Zwecke. Auf diese Weise ver-

suchten sie, die zutage tretenden Klassenwidersprüche in Rassenwidersprüche umzumünzen. Als das große innenpolitische wie außenpolitische Feindbild wurde der „Weltjude“ propagiert, in den sie auch ihren Hass auf den Kommunismus eingliederten. Der Ausrottung alles sogenannten Undeutschen wurde die Züchtung des „Arischen“, „Germanischen“, „Deutschen“ entgegengestellt. Es konnten keine Ehen geschlossen werden, wenn nicht beide Ehepartner einen Ariernachweis erbrachten. Die „Arier“ wurden zur „Herrenrasse“ erklärt, die berufen sei, Deutschland zu „befreien“ und die ganze Welt zu erobern. Die Faschisten wussten: zur Eroberung und Bevölkerung eines solchen deutschen Vaterlandes braucht man die deutsche Mutter. Das



**Nimm ihnen
die Binde von
den Augen**

Frauenbeilage des Echo, April 1931

war der Kern- und Angelpunkt der Frauen- und Mutterideologie der deutschen Faschisten. Die Menschwerdung der Frau im 3. Reich war ausschließlich an die Mutterrolle gebunden. Hitler sagte: „Das deutsche Mädchen ist Staatsangehörige und wird mit ihrer Verheiratung erst Bürgerin.“ So stand die unverheiratete Frau in einer

Reihe mit all den Bevölkerungsgruppen, die den Ehrentitel der NS-Staatsbürgerschaft nicht verdienten: Ausländer, Rassenfremde, Geistesranke.

Die Reduzierung der Frau auf ihre Mutterrolle wurde einerseits moralisch hochgejubelt, andererseits scheinwissenschaftlich „bewiesen“. Für beides ein Zitat:

Hitler vor der NS-Frauenschaft auf dem Nürnberger Parteitag 1934:

„Wenn man sagt, die Welt des Mannes ist der Staat, die Welt des Mannes ist sein Ringen, die Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft, so könnte man vielleicht sagen, dass die Welt der Frau eine kleinere sei, denn ihre Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus. Wo wäre aber die große Welt, wenn niemand die kleine Welt betreuen wollte? Wie könnte die größere Welt bestehen, wenn niemand wäre, um die Sorgen um die kleinere Welt zu seinem Lebensinhalt zu machen? Nein, die große Welt baut sich auf dieser kleinen Welt auf! Diese große Welt kann nicht bestehen, wenn die kleine Welt nicht fest ist.“

Und einen scheinwissenschaftlichen „Beweis“ für die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern lieferte z.B. Walther Darre in „Neuadel aus Blut und Boden“: „Die Geschlechtsdrüsen, mit ihrer Einwirkung auf Wunsch und Willen, sorgen schon dafür, dass in einer Ehe, wo der Mann Mann und die Frau Frau ist und beide der gleichen Rasse angehören, jeder von beiden auf seine Rechnung kommt. Wo Vermännlichung der Frau in Ansichten, Kleidung, Gebaren und Beruf zu beobachten ist, spricht das gegen ihre eigentliche

weibliche Anlage. Man kann in solchem Falle – falls nicht offensichtlich ungermanisches Blut der Grund ist – sagen (...), dass es mit der Drüsentätigkeit der betreffenden Frau irgendwie hapert.“

Die Verbannung der Frau an Heim und Herd wurde also als die höchste Erfüllung propagiert und zur einzigen Fähigkeit der Frau erklärt. Die Mutterschaft wurde zur nationalen Pflicht, das Wochenbett zum „Schlachtfeld der Frau“ ernannt. Dies schloss die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper aus: Verhütungsmittel wurden verboten, die Strafen für Abtreibung noch weiter verschärft. Zudem musste die Frau „rassereinen“ Nachwuchs garantieren; war sie mit einem Nichtarier liiert, drohte ihr das Zuchthaus wegen „Rassenschande“.

Zur Erreichung ihres Frauenideals von der „Gebärmaschine für Volk und Führer“ aber hatten die Nazis einige Probleme zu überwinden. Sorgenvoll stellte Walther Darre (a.a.O.) fest, „dass die Sittlichkeit der städtischen Ehen immer weiter sinken und einer immer hemmungsloseren Eigenwertsauffassung des weiblichen Ichs die Bahn offen geben würde, ganz einfach, weil die Hausfrau weniger Verantwortung im Haushalt findet, was sowohl immer unbedeutenderen Frauen die Möglichkeit erleichtert zu heiraten, als auch die wertvollen wegen mangelnder Beschäftigung auf dumme Gedanken bringen kann.“

Die Faschisten sahen es demnach als ihre Aufgabe an, die Frauen noch rigider als bisher sozial und kulturell zu unterdrücken. Das wenige, was die Frauen bis dahin auf ihrem Weg

zur Gleichberechtigung errungen hatten, war den Nazis schon zuviel. Hitler behauptete, Emanzipation sei ein vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort und sagte: „Die deutsche Frau braucht sich in den wirklich guten Zeiten des deutschen Volkes nicht zu emanzipieren.“ Dementsprechend wurde die Erziehung der Mädchen zu unmündigen, dem Willen der Männer und des Führers treu ergebenden Haus- und Muttertieren unter dem Motto in Angriff genommen: „Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.“ Dementsprechend wurde

- das hauswirtschaftliche Jahr eingeführt
- Maßnahmen gegen die Zulassung von Mädchen zu den Gymnasien ergriffen
- Der Anteil der Frauen an den Studenten auf höchsten 10 % festgelegt
- Ein speziellen Frauenschulwesen aufgebaut und Ausbildungsstoffe, die der praktisch-hausfraulichen Bildung dienten, wurden verstärkt in den Lehrplan aufgenommen.

Folgerichtig – jedenfalls in der Ideologie der Nazis – wurden die Frauen in breiter Front aus dem Berufsleben verdrängt. Einzig in der Krankenpflege und in den unteren Rängen des Bildungs- und Erziehungswesens durfte sie uneingeschränkt tätig bleiben. Denn – so Nazi-Ideologe und Minister Frick: „Die Mutter muss sich ausschließlich der Familie und ihren Kindern widmen und die Frau ihrem Mann, und das

junge Mädchen darf sich nur auf den Beruf vorbereiten, der ihrer Weiblichkeit entspricht. Im übrigen soll die Fähigkeit, einen Beruf zu haben, dem Mann vorbehalten bleiben.“ Andererseits schien die Tätigkeit, als KZ-Aufseherin unzählige Frauen und Kindern zu quälen und in den Tod zu schicken, offenbar in den Augen der Nazis nicht der Weiblichkeit zu widersprechen. Tatsächlich entsprachen jedoch

beengter Wohnverhältnisse usw. in den meisten Jahren nicht zu steigern. Viele Familien blieben finanziell darauf angewiesen, dass die Frau mitverdiente. Mit fortschreitender Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen wurde die Arbeitskraft der Frau zunehmend volkswirtschaftlich unentbehrlich. 1939 arbeiteten immerhin von 17,2 Millionen Frauen im Alter zwischen 17 und 45 Jahren 14 Millionen



Frauenbeilage des Hamburger Echo

die Lebensbedingungen der meisten Werktätigen der NS-Frauenpropaganda nicht. Die Geburtenrate war schon aufgrund des niedrigen Reallohnes,

(das sind 81,4 %), außerdem arbeiteten 3 Millionen Frauen unter 17 und über 45 Jahren. In diesem Punkt zeigt sich ganz deutlich die Abhängigkeit der

demagogischen Nazi-Ideologie von der wirtschaftlichen Situation: zu Anfang wurden Frauen mit salbungsvollen Sprüchen vom holden Mutterglück aus dem Arbeitsprozess gedrängt, um das Heer der Arbeitslosen zu verringern, sprich: „das Freisein von Arbeit“ wurde auf ein ganzes Geschlecht verlagert und abgeschoben. Mit steigender Konjunktur wurden sie also wieder gebraucht, nicht zuletzt, um die Bomben und Granaten zu produzieren, mit denen ihre Männer und Söhne in den Krieg geschickt wurden, um für Vaterland und Führer zu sterben.

Wie sahen nun die Reaktionen der deutschen Frauen auf den Faschismus und die Rolle, die sie in Gesellschaft und Familie spielen durften, aus?

Unbestreitbar war ein großer

Andere Frauen sahen die Entwicklung des Faschismus mit Besorgnis, bemerkten sie doch, wie Nachbarn und Verwandte verhaftet wurden, bangten sie doch nach Ausbruch des Krieges um das Leben ihrer Männer und Söhne. Ihnen lag nichts daran, „Heldenmutter“ zu werden, andererseits waren sie als Frauen zu Opferbereitschaft erzogen und sahen sie in ihren Sorgen nur ihr persönliches Schicksal, das es zu ertragen gelte.

Und dann gab es die Frauen, die antifaschistischen Widerstand leisteten. Ein Teil von ihnen tat das fast unbewusst, indem sie z. B. Menschen vor ihren Verfolgern verstecken halfen. Andere arbeiteten in Widerstandsgruppen mit, um den Sturz der faschistischen Herrschaft mit vorzubereiten. Und dies unter

ständigem Einsatz ihren Lebens, in der ständigen Gefahr, im KZ gefoltert und ermordet zu werden. Allein im Frauen-KZ Ravensbrück wurden 92 000 Frauen und Kinder liquidiert.

Nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland 1945 gingen viele Frauen sofort an die Arbeit, um die größte Not zu lindern und ein neues Leben aufzubauen. Frauen der verschiedensten Schichten, Konfessionen und Parteien schlossen sich zusammen. Die Frau der SPD

arbeitete zusammen mit der FDP-Frau, die Kommunistin mit der Frau aus dem Mittelstand, die Arbeiterfrau mit der Christin; denn ihnen allen ging es darum zu überleben. Sie

richteten Nähstuben ein, um für die Kinder Kleidung herzustellen, organisierten die Ausgabe von warmer Schulspeisung, sammelten Spenden für die Aktion „Rettet die Kinder“, halfen bei der Beschaffung von Wohnraum für Familien mit Kindern, kümmerten sich um die Alten und Kranken und halfen mit bei der Beseitigung der Trümmer von Straßen und Plätzen. Und wenn im Frühjahr 1948 bereits 8 Millionen Kubikmeter Trümmer mühsam mit der Hand abgeräumt waren, so war das größtenteils das Werk von Frauen.

Doch bei vielen von ihnen wuchs gerade bei dieser Arbeit die Einsicht, dass es damit allein nicht getan ist. Ausgehend von dem, was sie alles erlebt hatten, dass sie politisch missbraucht und betrogen worden sind, wollten sie nicht noch einmal Opfer einer Wahnsinnspolitik werden. Sie waren entschlossen, an der nach zwölf Jahren Faschismus und Krieg notwendigen völligen Neugestaltung des Lebens mitzuarbeiten und dazu brauchten sie eine einheitliche starke Frauenorganisation.

So wurde in den ersten Monaten des Jahres 1948 aus den antifaschistischen kommunalen Frauenausschüssen der Demokratische Frauenbund Berlin gegründet und seine Gründung resultiert aus der Erkenntnis der Frauen, dass sie organisiert eine Kraft darstellen, mit der sie gemeinsam für die Durchsetzung ihrer Interessen erfolgreicher wirken können.

Demokratischer Frauenbund Berlin



KPD Hamburg, Frauenkundgebung 1931

Teil von Hitler begeistert, die NS-Frauenschaft war ein nützliches Instrument in den Händen der Faschisten, um einen großen Teil der Frauen für ihre Ziele auszunutzen.

OLYMPE DE GOUGES STREITERIN FÜR FRAUENRECHTE

Ihre „Erklärung der Menschenrechte der Frau und Bürgerin“ trug ihr von Seiten feministischer Forscherinnen die Bezeichnung der Begründerin des modernen Feminismus ein. Allerdings finden sich in den Geschichtsbüchern auch über 200 Jahre nach der Französischen Revolution nur selten Hinweise auf ihre alternative Menschenrechtserklärung von 1791. Olympe de Gouges schrieb diese Alternative zwei Jahre nach dem Beginn der Französischen Revolution, für sie hatte sich bereits erwiesen, wessen Rechte im Verlauf der ersten beiden Revolutionsjahre unberücksichtigt geblieben waren. Olympe de Gouges widmete sich allerdings nicht nur in der „Frauenrechtserklärung“ diesem Problem. In zahlreichen Theaterstücken, in Artikeln, Romanversuchen, Briefen, Aufrufen und Pamphleten ist die „Frauenfrage“ der Revolution ihr zentrales Anliegen.

Wer war sie ?

Olympe gibt 1793 ihr Alter mit 38 Jahren an. Geboren wurde sie allerdings schon 1748 (und nicht 1755). Ihr Geburtsort ist Montauban nahe Toulouse in Südfrankreich. In ihrer Geburtsakte wird Anne-Olympe Mouisset, verheiratet Gouze, als Mutter und als Vater der Metzger Pierre Gouze genannt. Die Geburt der Tochter Marie ist für den 7. Mai 1748 angegeben. In ihrem autobiographischen Roman „Memoire de Valmont“ gibt Olympe an, sie sei die Tochter des Marquis Le France de Pompignan. Und auch in zahlreichen anderen Schriften betont sie, illegitime Adelstochter zu sein; z.B. im November 1792: *„Ich bin die Tochter eines berühmten Mannes, seiner Tugenden wie seiner literarischen Talente wegen. Es gab in seinem Leben nur einen Irrtum, er war gegen mich gerichtet.“* Ob Olympe de Gouges wirklich adeliger Herkunft war, ist nicht geklärt. Sie gab sich selbst ein aristokratisches Pseudonym, vielleicht weil sie es liebte, mit List und Schadenfreude Legenden um ihre Persönlichkeit zu weben, vielleicht auch um dem zweifachen Makel ihrer „falschen“ Geburt, weiblichen Geschlechts und ohne Aussicht auf Erziehung und Vermögen zu sein, zu entkräften. Aber Olympe weiß sich zu helfen, hat sie die Natur doch mit Intelligenz und Schönheit beschenkt.

In ihren Mädchenjahren wird ihre Intelligenz nicht gefördert. Olympe kann nur mangelhaft lesen und schreiben, einen Großteil ihrer Schriften diktierte sie Sekretären (keine ungewöhnliche Praxis in der damaligen Zeit). Sie beklagt sich häufig über ihre mangelhafte Bildung, um jedoch sogleich entschlossen und selbstbewusst festzustellen, dass dies kein Grund zum Stillschweigen sei.

Ihre Muttersprache war Okzitanisch, Französisch ist nur eine Zweitsprache für sie. *„Man hat mir nichts beigebracht, aufgewachsen in einem Land, wo man schlecht Französisch spricht, kenne ich nicht seine Grundlagen.“* Dies findet sich auch in ihrem späteren Schreibstil wieder. Ihre von okzitanischen Redewendungen geprägte Redeweise, ihre Impulsivität und ihr sprachlicher Witz wurden in den politischen Broschüren, Pamphleten und Schriften wohlwollend zur Kenntnis genommen (während sie bei ihren Theaterstücken eher auf Ablehnung stieß, trotzdem wurde sie, diesen Widrigkeiten zum Trotz, in Paris als „Femme des Lettres“ bekannt).

Nach Paris

Doch zunächst wird sie in jungen Jahren verheiratet: *„Ich war kaum 14 Jahre alt, als man mich mit einem Mann verheiratete, den ich durchaus nicht liebte und der weder reich noch*

wohlgeboren war. Ich wurde geopfert ohne jeden Grund, der die Abneigung, die ich gegen diesen Mann empfand, wieder aufgewogen hätte.“ Tatsächlich war sie 17 Jahre alt (laut überlieferter Heiratsurkunde), als sie mit dem wesentlich älteren Louis-Yves Aubry, einem Wirt, im Jahr 1765 verheiratet wurde. Der Sohn Pierre kam 1766 zur Welt. Im selben Jahr verstirbt ihr Mann infolge von Epidemien, Olympe wurde, mit kaum 20 Jahren, Witwe. Da sie gegen ihren Willen verheiratet wurde, tröstet sie sich schnell darüber weg. Aus dieser Erfahrung resultiert ihre Abneigung gegen die Ehe, nach ihren Worten ein „Grab der Liebe und des Vertrauens“. Sie behielt sie zeitlebens und heiratete nie wieder.

Sie ändert ihren Namen in das wohlklingende „Olympe de Gouges“, Olympe nach dem Vornamen ihrer Mutter und Gouges in Abwandlung des Familiennamens Gouze; das Adelsprädikat sollte den Vorteil haben, den Klassenunterschied zu kaschieren. Sie lernt einen reichen Transportunternehmer des königlichen Militärs, Jacques Biatrix, kennen und begleitet ihn nach Paris.

Ihre ersten Jahre in Paris

Ihre Jahre im vorrevolutionären Paris waren Anlass zu Gerüchten und Verleumdungen. Bevor sie sich um das Jahr 1780 der Literatur zuwandte, soll sie eine „femme galante“ gewesen sein. Olympe lebte von der Rente, die Biatrix für sie festgesetzt hatte, und anderen Unterhaltszahlungen. Sie, die als sehr schön galt, setzt sich über die Anfechtungen der Zeitgenossen hinweg, von denen die Beschimpfung, sie sei eine Dirne, die schmachlichste war. Diese Verleumdungen sind seit Beginn ihrer schriftstellerischen Versuche als Theaterautorin ein negatives Echo auf ihre Arbeit.

Auch Olympe de Gouges hat für sich die Freiheit der Ehelosigkeit bewusst in Anspruch genommen und stattdessen die Lebensweise einer „femme galante“ bevorzugt, dadurch erhielt sie Zugang zu den gebildeten Kreisen, zur Salonkultur. Sie selbst sagte darüber: „(...) wie elend ist doch mein Geschlecht ! Mit seinen Reizen und Verführungskünsten erreicht es bei Euch Männern alles. Nun gut, so muss ich denn der Öffentlichkeit beweisen, dass es ungleich rühmlichere Mittel gibt, um den Frauen in einer zukünftigen Welt die Bedeutung zu verschaffen, die ihnen gebührt. (...)Zweifellos wird diese Revolution diesen tiefgreifenden Wandel herbeiführen.“

Olympe war angezogen von den kulturellen Zirkeln der Hauptstadt, hier wollte sie sich behaupten.

Die Hoffnung und die Revolution 1789

Das Jahr 1789 weckte auch ihre Hoffnungen, aber es zeigte die Erfahrung, dass es für sie und ihre Lebensvorstellung in der neuen Gesellschaft keinen Platz gab. In einer Gesellschaft, die radikal mit dem Feudalismus gebrochen hatte und damit den Bruch mit den überkommenen Umgangsformen zu vollziehen gedachte, wurde sie in die Isolation getrieben. Ihre gesellschaftlichen Kontakte zu jener Zeit sind nur schwer nachzuvollziehen. Mit dem Theaterautor Mercier war sie weiterhin befreundet, es gibt auch Hinweise, dass sie im Salon der Sophie Condorcet, Frau des Philosophen und Frauenrechtlers Condorcet, verkehrt sein soll. Die kulturellen Zirkel des Ancien Regime bestanden zunächst weiter, erst in der Folge der nächsten Revolutionsjahre ersetzten die politischen Clubs als neue Öffentlichkeit des 3. Standes diese Geselligkeit. In der Literatur wird Olympe übereinstimmend als Einzelgängerin und isolierte Theoretikerin bezeichnet. Ob das in dieser Ausschließlichkeit zutrifft, bleibt zu bezweifeln.

Olympe de Gouges politische Position Produktivität

Olympe de Gouges versuchte, ihren Lebensunterhalt als Theaterautorin zu bestreiten. Sie kämpfte erbittert jahrelang um die Aufführung ihrer Stücke in dem konservativen, dem König unterstellten Theater Comedie Francaise; eine Erbitterung, die sie artikulierte: *„Warum diese unerschütterliche Voreingenommenheit gegen mein Geschlecht ? Und warum sagt man, wie ich es habe laut sagen hören, dass die Comedie Francaise keine Stücke von Frauen spielen sollte ? Ich bin eine Frau, wenig reich (...). Wird es den Frauen denn niemals erlaubt sein, den Schrecken der Armut anders zu entkommen als mit niederträchtigen Mitteln ?“*

Sie hatte den Mut und die Ausdauer, diesem Kampf standzuhalten. *„Jetzt ist es das neunte Jahr, dass ich versuche, in einem Drama alle Härte der Sklaverei der Schwarzen zu schildern. Es ging kaum um die Frage, ihnen ihr Schicksal zu erleichtern und ihre Freiheit vorzubereiten. Einzig erhob ich die Stimme zugunsten dieser unglückseligen und verleugneten Menschen. Wenn ich auch die Schwäche meiner Talente und die Macht meiner Feinde zu fürchten hatte, so scheint mir die gegenwärtige Epoche der Wiederherstellung der Freiheit ein wenig Nachsicht für mein Werk zu versprechen, das eben diese Freiheit verteidigt.“* So beschrieb sie einige Tage vor Aufführung des Stücks in einem Artikel in der Zeitung „Chronique de Paris“ am 19. Dezember 1789 ihren Kampf um das Drama „Zamore und Mirza, oder der glückliche Schiffbruch“, umbenannt in „Sklaverei der Schwarzen, oder der glückliche Schiffbruch“. Am 26. Dezember 1789 wird dieses Stück im Theatre de la Nation (so war die reaktionäre Comedie Francaise im Geburtsjahr des Patriotismus umgetauft worden) aufgeführt. Die Kritiken der Zeitungen zerreißen ihr Stück. Olympe sieht den Misserfolg ihres Stückes in der Opposition der „Colons“ begründet, jener Kolonialisten Frankreichs, die in den großen Hafenstädten die Handels-Bourgeoisie stellten, deren Besitzerinteressen die Plantagen in Übersee waren. *„Die Colons, denen nichts zu teuer ist, um ihre grausamen Ambitionen zu befriedigen, haben die Comediens gewonnen, und man versichert, dass die Unterbindung des Stücks die Einnahmen nicht schädigen wird.“* Mit Einnahmen waren die des Theaters gemeint. In der Aufklärung war die Sklavenfrage, für die sie sich hier engagierte, von großer Bedeutung. Zum einen die humanistisch-philosophische Sicht (von der sie wohl beeinflusst war), zum anderen der ökonomische Diskurs, der vorrangig die Unrentabilität der Sklavenwirtschaft problematisierte. Bei ihr ist das Thema die Inhumanität der Sklaverei, die zutiefst der natürlichen Ordnung widerspricht, in der alle Menschen frei geboren werden. Alle Menschen: ihre Naturrechtsdefinition schließt radikal die Frau mit ein. Sklaverei wird bei ihr in den nachfolgenden Schriften zur Metapher für die Rechtlosigkeit der Frau. Ihre Hoffnung: Eine aufgeklärte Regierung würde dieser vernunft- und stilwidrigen Situation ein Ende bereiten. Ihre Sache ist nicht das revolutionäre Chaos, sie betont immer die Notwendigkeit einer friedlichen Umwälzung der Verhältnisse, hier ist sie geistige Tochter der Aufklärung. Nicht die revolutionäre Aktion ist ihr Gebiet, sondern die Agitation über die Veröffentlichung ihrer Schriften, der unablässige Appell an die natürliche Gerechtigkeit der Vernunft. Allerdings wird ihr Optimismus nicht nur an diesem Punkt enttäuscht; nicht nur die Sklaverei wird nach 1789 beibehalten, sondern auch die Rechtlosigkeit der Frau bleibt bestehen.

„Und von wem hängt diese Revolution ab: vergebens wird man Gesetze schaffen, vergebens wird man das Königtum umstürzen; solange man nichts tut, um die Seele der Frau zu erziehen, solange die Frauen nicht dazu beitragen, sich vorteilhafter und konsequenter zu zeigen, solange die Männer nicht groß genug sind, um sich ernsthaft um ihren wirklichen Ruhm zu kümmern, solange kann der Staat nicht aufblühen.“

Olympe de Gouges in ihrem 1791 uraufgeführten Stück „Mirabeau au Champs-Elysees“. Ein Einakter, am 15. April 1791 in der Comedie Italienne zu Ehren des verstorbenen Helden der Revolution Graf Mirabeau aufgeführt. An Mirabeau hatte Olympe seinerzeit ein Exemplar ihres Stückes „Die Sklaverei der Schwarzen“ gesandt; er schrieb ihr in wohlwollenden Worten,

seine Achtung für ihr Engagement aussprechend, zurück. Sie teilte die patriotische Begeisterung für dieses Idol der beginnenden Revolution, dessen frühen Tod sie betrauerte. Das Stück zu seinen Ehren hat sie mit den Worten unterzeichnet: *„Die leidenschaftliche Patriotin und beste Bürgerin.“*

Zusammen mit Mirabeau treten die Großen der Aufklärung auf die Bühne, mit ihnen Ninon de Lenclos und Madame de Sevigne, beide berühmte „femmes de lettres“ des 17. Jahrhunderts und Vorbilder für Olympe de Gouges. Sie rufen eine weibliche Tradition der Veröffentlichung in Erinnerung, deren Erbe Olympe weiterzuführen versuchte.

Olympe setzt die in ihrer Macht stehenden Mittel ein (im wesentlichen das Schreiben), nicht zum persönlichen Ruhm, sondern im Dienste der Aufklärung und des Kampfes für ihre Vorstellung: Ein Weg, den sie unerschrocken bis zum Ende verfolgte. Die Egalite der Geschlechter nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Zu kurz kommt dabei die Auseinandersetzung mit der alltäglichen materiellen Not des Volkes.

Solidarität

„Die Frauen wollen Frauen sein und haben keine größeren Feinde als sich selbst; sobald eine aus ihrer Sphäre tritt, um die Rechte der Gesamtheit zu verteidigen, sogleich hat sie das ganze Geschlecht gegen sich; selten sieht man Frauen in einer großen Aktion, einem Werk einer anderen Frau applaudieren.“

Aus ihrem Stück „Mirabeau au Champs Elysees“

Olympe geißelt nicht nur die Einäugigkeit der Männer, auch das mangelnde Bewusstsein (heute würden wir es Solidarität nennen) ihrer Geschlechtsgenossinnen ist Thema ihrer Kritik. Bereits 1788 schreibt sie das „Portrait der Frauen“: *„Wenige Frauen sind Männer im Denken; immerhin gibt es deren einige. Leider schlägt sich ein größerer Teil unerbittlich auf die Seite des Stärkeren, ohne zu ahnen, dass sie mit eigener Hand den Zauberbann ihrer Herrschaft lösen.“*

Im Namen der Freiheit beharrt sie darauf, bei den Frauen ein verändertes Bewusstsein zu wecken: *„Ihr Frauen ! Wann wird Eure Verblendung ein Ende haben ? Sagt an, welche Vorteile sind Euch aus der Revolution erwachsen ?“* Eine Frage, der ein Verweis auf die Umgangsformen im Ancien Regime folgt: *„Man bringt Euch eine noch tiefere Verachtung, eine noch unverhohlenere Geringschätzung entgegen. In den Zeitaltern der Korruption habt Ihr wenigstens über die Schwächen der Männer geherrscht. Dies Imperium liegt nun in Trümmern, was bleibt Euch denn noch ? Das Wissen um die Ungerechtigkeit des Mannes, die Forderung nach Eurem Erbe, die sich auf die weisen Gesetze der Natur beruft. Wovor schreckt Ihr angesichts dieses edlen Unterfangens zurück ?“*

Olympe bedauert wohl kaum das zerstörte „Imperium“ der Frau, Worte, bei denen sie an die Macht des heimlichen Einflusses der Frau, vielleicht auch an die Epoche der Mätressenwirtschaft des 17. Jahrhunderts gedacht haben könnte. Olympe wollte eine Anerkennung als Person, nicht als käufliche Gesellschaftsdame, eine Anerkennung, die sie sich von der Revolution erhoffte:

„Ein Geschlecht, das einst Verachtung verdiente und dem Respekt gezollt wurde, während ihm seit der Revolution nun Respekt gebührt, es aber nur Verachtung erfährt.“

Ihre Enttäuschung über diese mangelnde Anerkennung kommt unverhohlen zum Ausdruck im Nachwort zu ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin.“

Die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin

Dieser Text fehlt in allen Textsammlungen rechtshistorischer Dokumente. Erst seit 1977 ist

dieser Text auch auf Deutsch zugänglich. Sie tritt der männlichen Verengung des Gleichheitsbegriffs systematisch entgegen.

Mit dieser Erklärung hinterließ Olympe de Gouges ein Dokument, das den Versuch einer geistigen Revolution innerhalb des revolutionären Prozesses bezeugt. Ein Dokument, ergänzt um einen „Gesellschaftsvertrag zwischen Mann und Frau“, ein Begriff, der an Rousseaus Contrat social erinnert. Die Ideen, die hier zu Papier gebracht wurden, provozierten den Widerspruch der Rousseau-Anhänger. Formulierte sie doch eine Definition des Zusammenlebens der Geschlechter, die Rousseaus Prämissen zur Funktion der Mütterlichkeit durchaus in Frage stellten. Der Mutterschaft kommt auch in ihren Vorschlägen eine besondere Bedeutung zu. In ihrer Präambel nennt sie die „Beschwerden der Mutterschaft“ als Grund für die Überlegenheit der Frau. Jedoch folgert sie aus der biologischen Rolle der Frau im Gegensatz zu Rousseau und seinen nachfolgenden Interpreten, namentlich der führenden Köpfe der Revolution, nicht den Ausschluss der Frau aus der politischen Öffentlichkeit. Vielmehr bedarf es nach ihrem Modell besonderer Rechte für die Frau als Mutter. Olympe de Gouges stand, trotz einer gewissen Verehrung für den ihrer Meinung nach verkannten Künstler Rousseau, keineswegs, wie die Mehrzahl ihrer Geschlechtsgenossinnen, in blinder Gefolgschaft zu seinen Thesen zur Weiblichkeit. In der 1789 verfassten Schrift „Heroische Taten einer Französin oder wie Frankreich von den Frauen gerettet wird“ findet sich der zitierte Verweis auf Rousseau. Sie appelliert an den Patriotismus der Frauen, zur Rettung des Vaterlandes aus der finanziellen Notlage, ihren Schmuck nach dem Vorbild der Römerinnen der Nationalversammlung zu opfern.

Patriotismus

Ihr glühender Patriotismus kam schon beim Theaterstück zu Ehren Mirabeaus zur Sprache. Der Zusammenschluss der Generalstände 1788 ist für sie Anlass, ihre Aufmerksamkeit dem politischen Geschehen zuzuwenden. Sie schrieb dem Abgeordneten ihrer okzitanischen Heimat: *„Sie wissen, Monsieur, dass Politik und Philosophie zu den Dingen gehören, mit denen sich Frauen nicht beschäftigen sollten. Ich habe mich bemüht, in beiden erfolgreich zu sein. Der Patriotismus hat mich unerschrocken gemacht. Verteidigen Sie nicht nur mein Geschlecht, sondern werden Sie auch zur Stütze Ihrer Provinz. Beweisen Sie, dass die kleine Stadt Montauban große Männer hervorgebracht hat und auch einige Frauen, die Achtung verdienen.“*

Nicht nur die Verbundenheit mit ihrer Heimat, sondern auch ihr Interesse am politischen Geschehen, an dem sie nach Kräften mitmischen will, spricht aus diesem Brief. Die Frage ihrer politischen Position ist schwierig, da sehr widersprüchlich. Zunächst sei sie Royalistin gewesen, später aus Opportunitätsgründen Republikanerin, um dann doch wieder den König anlässlich des Prozesses verteidigen zu wollen. In ihrem Leben spiegeln sich die Widersprüche der Zeit, Widersprüche, die gerade das Spannende an ihrer Lebensgeschichte sind. Mit Sicherheit war Olympe de Gouges keine Sympathisantin oder Parteigängerin der Jakobiner. In der ersten Phase der Revolution fanden Politiker wie Lafayette, Necker und Mirabeau, Fürsprecher einer konstitutionellen Monarchie, ihre Zustimmung und Verehrung, eine Einstellung, die allerdings der vorherrschenden Strömung jener Zeit entsprach. Erst der Fluchtversuch der königlichen Familie im Sommer 1791, der so kläglich endete, sollte den endgültigen Vertrauensbruch mit dem Königtum bedeuten. Olympe de Gouges widmet nach diesem Fluchtversuch ihre „Declaration“ noch im September 1791 der Königin Marie-Antoinette und versichert ihr hierin ihre Loyalität. Politische Kurzsichtigkeit? Oder Argumente einer Frau, die der noch ranghöchsten Frau im Staat in ihrer Funktion als Königin eine Entscheidungsbefugnis zuschreibt analog zum Ritus der Verfassungsunterzeichnung im September 1791 durch Louis XVI.

Der Weg zum Revolutionstribunal

Sie selbst, die sich als „beste Bürgerin“ bezeichnet hatte, antwortete auf die Frage des Revolutionstribunals: „Ihr liebt die Jakobiner wohl nicht?“ mit dem Satz: „Ich liebe die guten Bürger, die Schützer unseres Gemeinwesens, die Intriganten liebe ich in der Tat nicht“. Zu diesen „Intriganten“ zählte sie besonders Robespierre. Im November 1792 hatte sie eine „Prognose Maximilian Robespierre betreffend“ verfasst, in der sie sich auf die Auseinandersetzung im Konvent zwischen dem girondistischen Abgeordneten Luvet und Robespierre bezieht. „Ich bin ein Lebewesen ohnegleichen, ich bin nicht Mann noch Frau. Ich habe allen Mut des einen und zuweilen die Schwächen des anderen. Meine Liebe gilt meinem Nächsten, mein Hass mir allein. Ich bin stolz, einfach, loyal und sensibel.“ Mit diesen Worten eröffnet sie ihren Angriff gegen Robespierre. Einzig die Tugenden sind maßgeblich für die integere Persönlichkeit eines Menschen, nicht das Geschlecht. Robespierre könne keine der genannten Tugenden vorweisen; wenn er behaupte, der Schöpfer der Revolution zu sein, so müsse sie ihm entgegenhalten, er sei, und dies bleibe er in alle Ewigkeit, nur deren „Schandfleck. (...) Nur wenige Worte werde ich brauchen, Dich zu beschreiben: Dein Atem verpestet die reine Luft, die wir heute einatmen, Deine zuckenden Lider verraten wider Deinen Willen die Niedertracht Deiner Seele, und jedes einzelne Deiner Haare steht für ein Verbrechen.“ Sie nahm kein Blatt vor den Mund und auch damit stellte sie sich dem traditionellen Bild der Frau entgegen. In ihren Schriften kommt sehr deutlich ihre bereits früher artikulierte Sympathie für die Position der Girondisten zum Ausdruck: „Du möchtest Ludwig den Letzten umbringen, um zu vermeiden, dass er rechtmäßig abgeurteilt wird; Du möchtest sie alle umbringen: Petion, Roland, Condorcet, Brissot, Verniaud (...) in einem Wort: alle Leuchten der Republik und des Patriotismus.“

Olympe hatte schon vorher zahlreiche Feinde, aber nach solchen Schriften waren ihre Tage allmählich gezählt. Doch bis zu ihrer Verhaftung im Juli 1793 publiziert sie weiter in diesem ihrem eigenen Stil: Anklage, Anekdote, Stellungnahme, Satire.

Ihre Schrift „Die drei Urnen oder das Wohl des Vaterlandes, von einem Reisenden der Lüfte“ führte schließlich zu ihrer Verhaftung. Im Mai/Juni 1793 wurden die Girondisten aus dem Konvent ausgeschlossen. Die genannte Schrift lieferte einen weiteren Anlass, in Olympe de Gouges eine Parteigängerin der Girondisten zu sehen. Sie hatte hierin ein Plebiszit zu drei möglichen Regierungsformen vorgeschlagen: „Republikanische Regierung, eins und unteilbar; föderative Regierung; Monarchie.“ Zudem hatte sie im Dezember 1792 den König öffentlich verteidigt. Beides zusammen wurde ihr als Propaganda zur Wiederherstellung der Monarchie ausgelegt. In erster Linie ist sie aber Patriotin und als solche befürchtete sie, dass die Spaltung der politischen Parteien Frankreichs seinen Untergang bereiten könnte.

Auch stellt sich die Frage, ob bei ihren Schriften und Verteidigungsversuchen eine Fehleinschätzung der politischen Situation vorliegt, oder ob das ihr Idealismus ist, verbunden mit der Hoffnung auf eine sinnvolle Verbindung von Föderalismus und Republik? Wahrscheinlich überzeugt sie auch die Vorstellung der Girondisten. Und mit ihrer Einschätzung, dass Louis Capet, Ludwig der Letzte, über seinen Tod hinaus die Franzosen entzweiten würde, sollte sie Recht behalten: „Nun denn, Franzosen, (...) Louis Capet ist tot, des ungeachtet herrscht Louis Capet hierzulande noch immer. Macht Euch nichts mehr vor, es ist hohe Zeit, die Maske fallen zu lassen. Jeder Einzelne soll sich frei und ohne Scheu dazu äußern, ob er die Republik will oder nicht will.“

Zur Verteidigung des Königs hatte sie sich im Dezember 1792 auch aus humanitären Gründen erboten. Olympe de Gouges wollte eine gewaltfreie Umgestaltung im Sinne der Aufklärung. Die Verurteilung des Königs betreffend, haftet ihrer Position durchaus ein kassandrischer Zug an: „Europas Tyrannen wollen ihren Untertanen weismachen, wir brächten uns hier gegenseitig um und gedächten, in ihre Gebiete einzufallen und ihre Habe an uns zu reißen, zu guter

Letzt schleppten wir noch unseren tugendreichen König aufs Schafott. Solange er noch am Leben ist, halten sie sich jedoch zurück; ist er dereinst tot, so wird ihre Rachgier keine Grenzen mehr kennen.“ Diese Worte entstammen der Schrift zur Verteidigung des Königs, sie verfasste sie im Dezember 1792 und übersandte sie der Nationalversammlung. „Jeder Einzelne“, das ist zweifellos ein Plädoyer für das allgemeine Wahlrecht. Die Herren Ankläger haben sich für eine eingehende Interpretation ihrer Schrift nicht interessiert, sie wurde verurteilt. In einer letzten Schrift, dem „Brief an das Revolutionstribunal“, stellt sie verbittert fest: *„Abhold jeglicher Intrige, jenseits aller Parteien, deren leidenschaftliche Kämpfe Frankreich gespalten haben, bahnte ich mir einen neuen Weg, mich nur auf meine eigenen Augen verlassend, nur meiner inneren Stimme gehorchend, bin ich den Törichtern entgegengetreten, habe die Niederträchtigen angegriffen und mein ganzes Vermögen der Revolution geopfert.“* Sie selbst hat die passenden Worte zu ihrem Lebensweg gefunden: Einen neuen Weg bahnd, unerschrocken und vehement.

Am 3. November 1793 wurde Olympe de Gouges geköpft.

Olympe wurde nicht nur als Parteigängerin der Girondisten verurteilt. Zwei Wochen nach ihrem Tod wird sie in einer Rede des Führers Chaumette anderen Frauen – wie den Revolutionären Republikanerinnen (siehe unten), deren Club am 30. Oktober 1793 verboten worden war – als warnendes Beispiel vorgehalten: Seine Rede macht deutlich, dass die Möglichkeit einer Neudefinition des Geschlechterverhältnisses in einer bürgerlichen Gesellschaft vertan worden war: *„Erinnert Euch dieser Virago (...) der schamlosen Olympe de Gouges, (...) die die Pflichten ihres Haushaltes vernachlässigt hat, die politisieren wollte und Verbrechen beging. Alle solchen unmoralischen Wesen wurden vom Rachefeuer der Gesetze vernichtet (...) Ihr möchtet sie imitieren? Nein, Ihr spürt wohl, dass Ihr nur dann interessant und der Achtung würdig seid, wenn Ihr das seid, was die Natur wollte, dass Ihr seid.“*

„Politisches Vermächtnis“

Erschien am 4. Juni 1793, zwei Tage nach dem Ausschluss der girondistischen Abgeordneten aus dem Konvent:

„Es wird Zeit, über mein Vermächtnis zu sprechen, welches der Gesellschaft wohl nicht ganz gleichgültig sein dürfte.

Mit Verlaub werde ich der nun folgenden Aufzählung der Schenkungen ein Quentchen Humor beimischen, habe ich mich doch stets in den mich betreffenden Angelegenheiten um etwas Heiterkeit bemüht. Mein Herz vermache ich dem Vaterland, meine Ehrbarkeit den Männern (sie können sie gebrauchen), meine Seele den Frauen, wahrlich keine lieblose Gabe. Mein schöpferisches Genie soll den Dramenschreibern gehören, es mag ihnen von Nutzen sein; so eigne ich meine Logik des dramatischen Aufbaus dem berühmten Chenier zu, meine philosophische Gelassenheit den Verfolgten, meinen Geist den Fanatikern, meinen Glauben den Atheisten, meine unverfälschte Fröhlichkeit den alternden Frauen und all die armseligen Überbleibsel eines ansehnlichen Vermögens meinem natürlichen Erben, meinem Sohn, falls er mich überlebt.“

DIE GESELLSCHAFT DER REVOLUTIONÄREN REPUBLIKANERINNEN

An ihrer Spitze standen Pauline Leon und die Schauspielerin Claire Lacombe. Der Club vertrat vor allem politische Ziele. Die Gesellschaft der Revolutionären Republikanerinnen setzte sich in der Mehrzahl aus unverheirateten Mitgliedern zusammen, aber auch Frauen von Kleinhändlern und Freiwilligen, Hausfrauen und Mütter aus dem sansculottischen Milieu waren dabei. Sie sind schon rein äußerlich auffällig (rote Hose und die den Männern vorbehaltene rote Jakobinermütze). Ihr oberstes Ziel besteht in der aktiven, bewaffneten Verteidigung des Vaterlandes.

Anlässlich ihrer Gründung erklären sie, dass sie *„keine dienenden Frauen, keine Haustiere seien, sondern eine Phalanx zur Vernichtung der Aristokratie bilden würden.“*

Ihre aktivierende Rolle im politischen Prozess, ihre selbstgestellte Aufgabe bei der Überwachung der Preispolitik sind anfangs hochwillkommen. Dafür nehmen die jakobinischen Männer sogar in Kauf, dass die Revolutionären Republikanerinnen auf der Grundlage ihrer von ihnen selbst herbeigeführten relativen Gleichberechtigung, die rechtliche Ungleichbehandlung von Frauen prinzipiell diskutieren und Schritte zur Überwindung der Benachteiligung erwägen. Da stehen Forderungen wie die nach gleichen politischen Rechten und gleichem Zugang zu allen öffentlichen Ämtern im Raum. Dass am Ende dieser denkwürdigen Sitzung lediglich die Forderung festgehalten wird, dass alle Französinen die Kokarde tragen sollten, zeigt, wie kühn diese Gleichberechtigungsdiskussion auch für die beteiligten Frauen selbst war. Immerhin blieb das Faktum der Debatte.

Der Konvent übernimmt (für etwa einen Monat) im September 1793 den Kokardenbeschluss der Revolutionären Republikanerinnen und verpflichtet alle Frauen, in der Öffentlichkeit die Kokarde zu tragen. Der so genannte „Kokardenkrieg“ brach aus. Einige Frauen fühlten sich aus ihrer Rolle gedrängt, Männer fühlten sich provoziert; wollten die Frauen nur das Symbol tragen oder Partizipationsansprüche stellen? Sie werden als Konkurrentinnen befürchtet und das machte sie bedrohlich. Der Kokardenkrieg löst eine Debatte über die Gleichberechtigung von Frauen aus, in Folge derer sich Jakobiner und Konvent von den eben noch willkommenen Frauen zurückziehen.

Die Delegationen der Revolutionären Republikanerinnen werden mit Pfeifkonzerten empfangen, in mehreren Sektionen kommt es zu tätlichen Angriffen. Ende Oktober 1793 werden alle Zusammenschlüsse von Frauen schließlich verboten. Frauen, die die Jakobinermütze tragen, werden als „schamlos“, „unschicklich“, „sittenwidrig“ und „denaturiert“ bezeichnet.

Dieses Verbot war für die Geschichte der Frauen sehr entscheidend. Die Theorie von der Egalität der Geschlechter (vertreten durch Condorcet und Olympe de Gouges, s.o.) und die Theorie von der Verschiedenheit der biologischen und folglich auch der sozialen Geschlechterrolle (Rousseau) konnten für eine begrenzte Zeit gleichermaßen Gültigkeit für sich beanspruchen. Mit dem Sieg des bürgerlichen Lagers über die Volksbewegung hat die Theorie der Egalität für lange Zeit keine Chance mehr.

Im Jahr 1794 (nach der Niederschlagung der Hungerrevolte) verlieren die Frauen ihre letzte politische Einflussmöglichkeit: Das kollektive und sogar das individuelle Petitionsrecht wurde ihnen versagt, sie durften nicht einmal mehr im Konvent von den Tribünen aus zuschauen, geschweige denn an politischen Versammlungen teilnehmen.

**(aus: Kassandras Geschichtsseiten:
Frauen in der Französischen Revolution)**

KRIEGSGEFAHR IN IRAKISCH KURDISTAN

Türkische Armee ruft die Gefahr eines neuen Krieges im Mittleren Osten hervor

Während sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit weiter auf den eskalierenden Konflikt zwischen Israel und Palästina richtet, ist durch die massive Intervention der türkischen Truppen in den Nordirak eine andere große Gefahr für den Frieden im Mittleren Osten entstanden.

Die türkische Armee marschierte schon Mitte Dezember 2000 ein und hat nach vorsichtigen Schätzungen ein Kontingent von 10 000 Soldaten stationiert. Sie überquerten die irakische Grenze in kleinen Einheiten von etwa 500 Soldaten mit Fahrzeugen und sind jetzt über das gesamte Gebiet Südkurdistans verteilt. Diese Region ist auch als „Flugverbotszone“ bekannt und soll unter dem Schutz der Vereinten Nationen stehen. Das Gebiet wird von den irakisch-kurdischen Parteien KDP und PUK verwaltet.

Zugegebenermaßen gab es in der Vergangenheit wiederholt Einmärsche von türkischen Armeeeinheiten in den Nordirak zur Verfolgung der PKK-Guerilla. Jedoch übertrifft das Ausmaß dieser Operation alle vorangegangenen: Die türkische Armee ist bis 300 km tief auf irakisches Territorium vorgerückt. Sie arbeitet nun eng mit den irakisch-kurdischen Parteien zusammen, besonders mit der PUK, deren Führer Jalal Talabani erst kürzlich aus Ankara zurückkehrte. Der türkische Premierminister Bülent Ecevit behauptete indessen, dass türkische Truppen nur technische Hilfe für die militärischen Operationen der KDP und PUK zur Verfügung stellen, welche die PKK aus der Region vertreiben sollen.

Es gibt Anlass zu tiefster Besorgnis, dass weder von den Journalisten der internationalen Medien noch von den westlichen Regierungen Äußerungen zu den Ereignissen zu hören waren, die eine Vorbereitung der Türkei auf einen Krieg darstellen. Man kommt nur schwer an der Schlussfolgerung vorbei, dass Europa und Amerika gegenüber dem Vorgehen der Türkei blind sind. Schließlich übernehmen sie das türkische Erklärungsmuster, alle militärischen Aktionen unter dem Stichwort „Bekämpfung der PKK-Guerilla“ zu rechtfertigen. Es ist unwahrscheinlich, dass die westlichen Geheimdienste keine Kenntnisse über die Vorgänge in dieser strategisch und wirtschaftlich so wichtigen Region haben.

Es ist nicht klar, inwieweit die Ziele der gegenwärtigen Operation im Detail im Abkommen von

Washington 1998 festgehalten worden sind. Aber es ist offensichtlich, dass dieses Ziel die Gefahr in sich birgt, die Nachbarstaaten in der Region in einen neuen Krieg im Mittleren Osten zu verwickeln. Die PKK, die standhaft bei ihrem Friedensangebot bleibt und auf positive Signale der Türkei wartet, warnte, dass ein Ausbruch von Kampfhandlungen das Risiko der unkontrollierten Verbreitung eines Krieges über die gesamte Region und in der Türkei in sich birgt. Bei diesem gefährlichen Planspiel geht es für alle Beteiligten um hohe Einsätze. Ein anderer bedenklicher Aspekt ist die Möglichkeit, dass die Türkei versucht, eine permanente Präsenz in der Region zu etablieren. Es gibt sogar Spekulationen, dass die Türkei bereit sei, einen Handel mit Bagdad zu machen, der Saddam Hussein in die Lage versetzen würde, die Kontrolle über dieses Territorium zurückzugewinnen.

Wir glauben, dass die Türkei in dieser potentiell explosiven Militärkampagne nicht auf eigene Faust handelt und fordern alle beteiligten Kräfte dringend auf, ihre Kriegsvorbereitungen zu stoppen.

Weiterhin fordern wir mit diesem Aufruf die Verantwortlichen auf höchster Ebene in Europa und Amerika auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Türkei von ihrem gegenwärtigen Konfrontationskurs abzubringen.

Schließlich fordern wir die politische und militärische Führung in Ankara auf, ihre Pläne zu überdenken, bevor daraus ein furchtbarer Krieg im Mittleren Osten erwächst, mit unvorhersehbaren Konsequenzen. Diese Ereignisse sind für den Frieden im Mittleren Osten so wichtig wie der palästinensisch-israelische Konflikt und sollten auch als solche von den internationalen Medien wahrgenommen werden. Es ist noch Zeit für einen Friedensprozess, der von allen betroffenen Seiten und den internationalen Gremien positiv beantwortet würde.

Kampagne für Frieden in Kurdistan

ANTISEMITISMUS KONGRESS DER ANTIFA DUISBURG

Samstag, 7.4.2001

13.00 Uhr Hundertmeister Saal

Kongresseröffnung
Referenten und Ablauf werden vorgestellt

13.30 – 15.30 Uhr

Hundertmeister – Bürgerraum

Einführungsseminar

Ware – Geld – Wert (Kritik)

Antifa Duisburg

Das Seminar richtet sich an Einsteiger in die marxistische „Kritik der Politischen Ökonomie“. Wir wollen versuchen, einen Einblick in Grundbegriffe wie Ware oder Fetischcharakter zu geben. Zudem wollen wir diskutieren, welcher Zusammenhang zwischen warenförmiger Vergeellschaftung und Antisemitismus besteht.

13.30 – 15.30 Uhr Hundertmeister Saal

Einführungsseminar

Kritische Theorie des Antisemitismus

Fabian Kettner, Rote Ruhr Uni Bochum

Fabian Kettner beschreibt und diskutiert die

Theorien Adornos und Horkheimers zum Antisemitismus. Er beschreibt, inwieweit dies eine

Weiterentwicklung marxistischer Ansätze ist und geht auf Texte des Chicagoer Soziologen

Moishe Postone ein.

16.30 – 18.30 Uhr Factory Saal

Buchvorstellung und Diskussion

Freiheit und Wahn deutscher Arbeit

Andreas Woeldike, ISF, Holger Schatz, ISF

Freiburg

Was unterscheidet den deutschen vom angelsächsischen Arbeitsbegriff? Woraus leitet sich dieser, spezifisch deutsche, Arbeitsbegriff historisch her? Wie erklärt sich der antisemitische Gehalt dieses Arbeitsbegriffs? Diese und andere Fragen werden hier beantwortet.

19.00 – 21.00 Uhr Factory Saal

Vortrag und Diskussion

Die Finkelstein Debatte

Justus Wertmüller, Bahamas Berlin

Der US-amerikanische Historiker Norman G.

Finkelstein, auf der anderen Seite des Atlantik kaum beachtet, findet mit seinen Thesen zur „

Holocaust-Industrie“ in Deutschland viel Beachtung. Welcher innere Zwang zum „Tabubruch“ Teile der hiesigen Kommentatoren leitet, beschreibt Justus Wertmüller

Anschließend Factory Saal

Kleine Party mit DJ Mik(a)

Von seichten elektronischen Klängen bezaubert, geben wir uns dem Genuss alkoholischer und anderer Getränke hin.

Sonntag, 8.4.2001

17.00 – 19.00 Uhr Factory Saal

Vortrag und Diskussion

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten

Joachim Bruhn, ISF Freiburg

Von Projektionen deutscher Ideologie auf Israel, gerade auch „linken“ Projektionen, handelt diese Veranstaltung.

Joachim Bruhn: „Weil der moderne Antisemitismus, nach Auschwitz, genötigt ist, als Antizionismus aufzutreten, gilt Israel, dem „Judenstaat“, die gewohnte Projektion. Israel ist die ideale Leinwand bürgerlicher und alternativer Alpträume, gerade in Deutschland. Was man selber will, wozu man aber einstweilen als unfähig sich erweist, das wird den Israelis als Vorsatz und Tat unterstellt.“

19.30 – 21.30 Uhr Hundertmeister Saal

Vortrag und Diskussion

Weltweite al Aqsa – Intifada und der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge

Karl Selent, KONKRET Hamburg

Alex Busch, Stadtzeitung Terz Düsseldorf

Über die Auseinandersetzung mit dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge, über neofaschistische Palästina-Solidarität, über Anschläge auf jüdische Einrichtungen von New York über Paris bis Skandinavien.

INFO-TELEFON: 0203 – 73 86 100

(DI 20 – 22 Uhr, MI 19 – 21 Uhr,
für Übernachtungsmöglichkeiten und anderes)

ANTIFASCHISMUS

Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie ? (Teil 3)

von

Stephan W. Born

Im zweiten Teil dieser Artikelserie hatte ich mich mit dem Begriff der „Arbeit“ und der idealistischen Kritik autonomer Antifa-Gruppen an einer – angeblich – besonderen „deutschen“ Form der Arbeit auseinandergesetzt.

In der weiteren Beschäftigung mit diesem Thema scheint sich eine merkwürdige Tatsache herauszukristallisieren – der idealistische Umgang mit dem Begriff des „Deutschen“ oder des „Nationalen“ findet sich nicht nur innerhalb der „Linken“. Auch auf neofaschistischer Seite gibt es ein idealistisches Herangehen an diese Frage, welches sich in der Neu-Schöpfung (inzwischen auch schon einige Jahre alt) eines Begriffs der „nationalen Anarchie“ widerspiegelt.

Da schon dieser Begriff für sich genommen Verwirrung stiftet, da die Reaktionen auf das Phänomen innerhalb der Linken von „der größte Schwachsinn“ bis zu „eine wichtige Diskussion“ variieren, soll der heutige Teil sich mit dem Phänomen etwas ausführlicher beschäftigen

„Nationale Anarchie“ – ein Widerspruch in sich ?

So behauptet es zumindest ein Teilnehmer einer Diskussion – falls diese tatsächlich geführt und nicht eine Fälschung des selbsternannten „Anarchen“ Peter Töpfer auf den von ihm betriebenen Internet-Seiten darstellt – und hat selbstverständlich in ganz einfacher Weise Recht: Anarchie bedeutet Herrschaftlosigkeit, Nation ist ein Herrschaftsverhältnis – Diskussion beendet, wozu die Aufregung ?

Gemach, gemacht, ruft der selbsternannte „Anarch“, Ihr habt ja eine ganz falsche Vorstellung von Nation. Wir (oder besser: ich) „nationale(r)n Anarch(ist)en“ verstehen darunter etwas ganz anderes, eine quasi

urkommunistische“ Lebensform „nationaler Identität“. Er behauptet:

„Die Nationen sind nicht die bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaaten, die nur eine Etappe des bürgerlich-gierigen Expansionismus in Richtung Weltherrschaft waren. Die wahren Nationen, die Urgemeinschaften/Anarchien der Eingeborenen, sind (so wie wir) seit Tausenden von Jahren durch Gewaltherrschaft zerstört, liegen „unterm Schutt der Zeit“ (...) Aber dort liegen sie frisch, schön und lebendig, und an manchen glücklichen Orten dieser Erde gar nicht so tief vergraben (...). Lasst sie uns wieder finden in den Landschaften, Heimaten und in uns selbst ! Lasst uns wieder

Naturvölker“ werden, „primitive Gesellschaften“, „Wilde“ (...)“.

Ich kann schon verstehen, wenn einige beim Lesen solcher Zeilen nur noch kommentieren: Der ist nicht ganz (so) frisch (wie er seine völkischen Wurzeln unter dem „Schutt der Zeit“ zu finden glaubt).

Niemand wird leugnen, dass es „Urgemeinschaften“ gab, die aber spätestens mit der Herausbildung von Arbeitsteilung aus sich heraus Herrschaftsformen entwickelten (ihre „Unschuld“ wurde ihnen also nicht „von außen“ genommen),

Heutzutage gibt es nicht eine einzige „Urgemeinschaft“ mehr – selbst die Indigenas in Mexiko benutzen (und das ist gut so) Handys, Laptops

und das Internet (wie merkwürdigerweise auch der „Anarch“ – warum geht er nicht mehr im Wald spazieren als stundenlang am PC zu hocken?).

Den entscheidenden Punkt beachtet (und das ist kein Zufall, wie wir sehen werden) der „Anarch“ aber nicht: Mit der Herausbildung der „bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaaten“ (die er zumindest als Begriff kennt) entstand etwas mehr als „bürgerlich-gieriger Expansionismus“, vielmehr wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Begriff einer „nationalen Unterdrückung“ als Bestandteil **k a p i t a l i s t i s c h - imperialistischer** Entwicklung historisch erst entstand und zur Beschreibung der geschichtlichen Realität auch Sinn machte (wenngleich wir nicht leugnen, dass er außerordentlich oft für Verwirrung und Unsicherheiten sorgte und sorgt).

Kurz gesagt: Der „Anarch“ leugnet den Widerspruch zwischen „unterdrückenden“ und „unterdrückten“ Nationen, behauptet, die „Nation“ aller Menschen auf der Erde sei gleichermaßen „unterdrückt“. In der Konsequenz bedeutet dies, dass auch der „national unterdrückte“ Kapitalist erst einmal (hin zu seinem völkischen Wesen) befreit werden müsse, woraufhin er dann aufhöre, gierig und Kapitalist zu sein – wie schön!

Doch es geht unseres Erachtens nicht um die „Ergüsse“

eines Menschen, der (doch) nicht (ganz so) frisch ist, sondern sehr wohl um ein durchdachtes Konzept.

Der „Anarch“ behauptet: „*Ich verstehe mich als Linksradikaler im Nationalen Lager*“.

Mal abgesehen davon, dass er mit seiner Definition des „Nationalen“ im „Nationalen Lager“ allein steht, mal abgesehen davon, dass er die Verbrechen des Nationalsozialismus wie auch die heutigen faschistischen Gewalttaten immer auch als einen Versuch der „unter dem Schutt der Geschichte liegenden“ nationalen Widerstandskräfte deutet (ein wenig „dumm“ gelaufen, zugegeben), „links“ ist an seinen Grundlagen gar nichts und „radikal“ noch viel weniger.

Er will den Eindruck erwecken, als ob Antifaschisten und Faschisten eine gemeinsame Wurzel, einen gemeinsamen (irrationalen!) Kern hätten, den sie entdecken müssten, um endlich gemeinsam gegen, ja wogegen eigentlich, ach ja, die raffgierigen Kapitalisten, zu kämpfen. Mit diesem Konzept steht er – auch historisch – nicht ganz allein, seine heutigen Mitstreiter sind Leute wie Mahler, Oberlercher und Koth.

Und sie stiften durchaus Verwirrung in so manchen Köpfen, das sei nicht geleugnet. Des „Anarchen“ augenblickliches Hauptziel ist es, innerhalb des „nationalen Lagers“ Anerkennung und zumindest (geheuchelte) Duldung zu er-

reichen, wozu er nicht müde wird, seine „ideologische Nähe“ zu dokumentieren: In seinen Anbiederungsbriefen an Ch. Worch betont er zum Beispiel: „Wir sind Pioniere einer freien Volksgemeinschaft“ und wird nicht müde zu fordern, „dass die Lagergrenzen gesprengt werden müssen und das Lagerdenken abgelegt werden muss“. Er hat aber keine (logischen, gedanklichen) Probleme damit, sich als Mitglied des „Nationalen Lagers“ zu verorten. Na, sei's drum, ist ja sowieso alles eine Frage des taktischen Auftretens, wie er an anderer Stelle offen zugibt:

„Ich spreche von Nationaler Anarchie und nur manchmal – aus Kult – oder taktischen Gründen – von „Nationalanarchismus“ (analog „freie Marktwirtschaft“-Liberalismus).“

Überhaupt glaubt sich der „Anarch“ mit Worch und anderen dazu ausersehen, eine „Zentrums“-Funktion wahrzunehmen, um den weniger „Durchblickenden“ den richtigen Weg zu weisen:

„*Es gibt Kräfte, die das herrschende System kritisieren und bekämpfen und in Opposition zu ihm stehen. Diese Kräfte teilen sich in zwei Lager auf, die verschiedene Systemalternativen haben, sich heftig bekämpfen und um die Systemablöse konkurrieren: das linke und das rechte Lager. Die sehr heterogenen Kräfte innerhalb der Lager, die zur Aus-*

tauschbarkeit vieler dieser Kräfte über die Lagergrenzen hinweg führt, werden von den jeweiligen Zentren angezogen und gruppieren sich um diese. Hauptunterscheidungspunkt der Lager ist die nationale Frage.“

Ja, so hätten sie es gern: Den Eindruck erwecken, dass sich Sozialisten und Faschisten im Grunde darin einig wären, dass sie das „kapitalistische System“ ablösen wollen – nur über den Weg seien sie sich uneins.

Es sei doch kurz klargestellt, dass Sozialisten tatsächlich für die weltweite Abschaffung des Imperialismus eintreten und nicht nur „im eigenen Land“, Faschisten dagegen die Grundlagen der kapitalistischen Produktion an keiner Stelle in Frage stellen – auch der „Anarch“ tut dies nicht. Wenn Leute wie Worch überhaupt mal etwas zu ihrer eigenen sozialen Lage von sich geben, dann in entlarvender Klarheit (Worch erbte immerhin 1 ½ Millionen und arbeitet damit durchaus in kapitalistischer Manier). In einem Brief an den „Anarchen“ erzählt er bereitwillig: *„Ich habe einen ganz günstigen Vertrag über eine meiner Immobilien abgeschlossen, will sagen, habe sie verkauft. Geld fließt aber erst im April, und bis dahin habe ich Mietausfälle. Das amerikanische Prinzip to spent money for earning money.“*

War da nicht mal was mit „raffendem Kapital“ – das „jüdisch-amerikanische“

Prinzip des Kapitalismus im Unterschied zum „schaffenden“ (volkstümlich-volksgemeinschaftlichen) deutschen Kapitalismus? – Was soll's.

Der „Anarch“ geht bisweilen sogar den Kameraden des „Nationalen Lagers“ auf den Geist, wenn er zum Beispiel – in widerlich anbiedernder Form – vor versammelten Kameraden erläutert: *„Man könnte streng genommen die westliche Zivilisation, in der wir leben, als – in Anführungszeichen – (ach so !) „verjudet“ bezeichnen;*

insofern nämlich, dass wir uns viel zu sehr von Wissen, von Doktrinen, von Dogmen usw., also dem, was bei den Juden die Bibel ist, leiten lassen; das haben wir viel zu sehr übernommen. Wenn Sie in primitive Gesellschaften gehen, dort, wo es keine Buchreligionen gibt, sondern wo alles, alle Bewusstseinssebenen, miteinander verbunden sind, wo Symbole aus den Instinkten entstehen, wo viel mehr in den Körpern gelebt wird, also das, was man als Heidentum bezeichnet, dann tradiert sich der Mythos, auf den man gar nicht eingehen braucht, weil er entweder da oder nicht da ist, vom Vater zum Sohn, von Mutter zu Tochter, auf eine ganz subtile, ganz liebevolle und im Alltagsleben verankerte Weise.“

Mit sicherem Gespür hat der „Anarch“ die Bereiche „entdeckt“, in denen er sehr schnell eine „Kompatibilität“

seiner Tiraden mit dem völkischen Lager herstellen kann. Sein Begriff des „Nationalen“ ist deckungsgleich mit dem spezifischen Begriff des „Heidnischen“, dem „Germanenkult“, der bei den Nazis einfach „dazugehört“.

Auch die „Intellektuellen“- und Wissensfeindlichkeit haben sie gemeinsam – woraus die gemeinsame Ablehnung des „Dogmas“ folgt, die Nationalsozialisten hätten sechs Millionen Juden vergast.

Was macht solch krudes Ideengewirr dennoch gefährlich? Es ist die Tatsache, dass auch im linken „Lager“ kaum Klarheit über den Zusammenhang von sozialistischer Revolution und „nationaler Befreiung“ besteht. Kräfte wie Mahler und Oberlercher wissen das sehr genau und ermutigen Leute wie den „Anarchen“, der mit ihrer und ähnlicher Leute Hilfe die Zeitschrift „Sleipnir“ herausgeben – in der man sich viel Mühe gibt, die „neue Strategie“ bekannt zu machen. Sie nennen es Querfront.

„Querfront – Versuch einer national-anarchistischen Strategie“

„Beide (gemeint: die „Rechten“ und die „Linken“) geben vor, den Kapitalismus ablösen zu wollen, denken komischerweise aber beide das Nationale als den „bürgerlichen Nationalstaat“. Die Querfrontler entziehen sich dem Kampf der verfeindeten Lager und weisen auf

die Nutznießer dieses Kampfes – das Bürgertum und sein Staat, den es dabei ist zu globalisieren – und entwickeln einen postkapitalistischen Nationenbegriff und lenken die Aufmerksamkeit auf die eigentliche Front: die zwischen Herrschern und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen nicht-kapitalistischen Nationen und bürgerlichem Nationalstaat, Nationen und Naturzerstörern und zu Zerstörenden.“

Ist es zwar Wahnsinn, so hat es doch Methode: Es wird der Versuch unternommen, die Existenz einer „nationalen Unterdrücktheit“ der „Deutschen“ bei gleichzeitiger Ablehnung einer „nationalen Unterdrückung“ durch den „bürgerlichen Nationalstaat“ (der aber nicht ‚deutsch‘, sondern bürgerlich ist!) zu konstruieren. Wahrscheinlich „quer“ gedacht!

Dass dieser Herr sich den Beinamen „Anarch“ gibt, hat ebenfalls – durchaus nachvollziehbare – taktische Gründe, wenn auch die realen Anarchisten ihn durch Missachtung strafen.

Im Grund geht es ihm dabei nur darum, ständig eines der Hauptprinzipien der Anarchisten für sich zu reklamieren:

Die „Freiheit des Individuums“, insbesondere die Freiheit, alles zu sagen, was man will.

Er wird auch nicht müde, seinen – vermutlich von ihm selbst kreierten – Gegnern

entgegnen zu halten, dass sie seine Meinungsfreiheit einschränken. Und wenn sie ihn, wie in Berlin geschehen, darin hindern, sie in Gespräche zu verwickeln, werden sie als „Faschisten“ verortet. Er selber denkt gern und häufig über die Gründung eines „antifaschistischen Komitees“ innerhalb des „Nationalen Lagers“ nach – ist es auch Wahnsinn, so hat ...

Was versteht er unter Anarchie?

„Sie ist Seinszustand („Urkommunismus“). Ob dieser Zustand nun unbedingt einen Namen braucht: das wäre eine berechnete Frage. Braucht er natürlich nicht. Ein Volk, ein Stamm im Amazonasgebiet, der hat auch keinen Namen (stimmt, Anarchisten nennen sie sich nicht, aber Namen haben sie sehr wohl), keine „theoretische“ Vorstellung, etwa „nationale Anarchie“, von dem, was er lebt.“

Die organisierten Anarchisten würden dem sicherlich ein paar passende Worte entgegen können, ich habe andererseits aber durchaus Verständnis dafür, wenn sie sich die Mühe nicht machen – es ist ein unerquickliches Bemühen und soll auch mit dem heutigen Artikel fürs erste wieder beendet werden.

Zum Schluss soll nur noch erwähnt werden, dass der „Anarch“ selbstverständlich kaum für sich selber anarchisches Vorgehen geschweige demokratische Verhal-

tensweisen für sinnvoll hält, wie an anderer Stelle seines aufschlussreichen Briefwechsels mit Worch deutlich wird. Er schlägt dem Bruder im Geiste vor: *„Das Bewusstsein wandelt sich aber wiederum relativ schnell mit solch einer Maßnahme, wenn beispielsweise die Gefolgschaft vor die vollendete Tatsache gestellt wird, dass sie gefälligst die Anwesenheit auch von Anarchisten auf einer nationalen Demo hinzunehmen hat. Hier müssen Zeichen von oben erfolgen.“*

Aber, aber, ob das dann sehr „anarchisch“ wäre?

Und, weil's so schön ist, noch ein letztes Zitat des „Anarchen“:

„Anarchie hat schlichtweg nichts mit Chaos zu tun! Diese Pseudoanarchisten sind die übelsten Herrscher, nämlich solche der Willkür, der Gewalt.“

Das ist die reinste Antianarchie!! Und schlimmer als Faschismus, denn dort gibt es wenigstens noch Recht, sprich Regeln.

Es ist ja immer so ein Missverständnis, dass man meint, wir Anarchisten seien grundsätzlich gegen Regeln. Überhaupt nicht.

Es ist doch besser, wenn etwas geregelt wird, als dass es im Chaos untergeht.“

Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Stephan W. Born

DIE ENTWICKLUNG DER LESBENBEWEGUNG

Innerlichkeit und Mutterkult (1)

Lesben haben ihre einmalige historische Chance verpasst: Sich ihr „Recht zu nehmen“, wie es einmal der agitatorische Slogan des euphorischen „coming out“ war.

Der Versuch, politische und persönliche Ebene in der Anstrengung um die Erreichung eines ihnen selbst gerechteren Lebens zu verbinden, ist misslungen, obwohl der Anspruch krampfhaft beibehalten wird. Das soll im folgenden anhand einiger Trends in der LB – soweit man von einer solchen sprechen kann – aufgezeigt werden (2).

A. „Politische Ebene“ der LB und „allgemeine politische Ebene“

I. Ideologie

Zum einen ist aus einer empirischen Erfahrung wohl hinreichend deutlich, dass Lesben an der Spitze der meisten Fraueninitiativen stehen (3). Von daher sollte man meinen, dass sie auf die Ideologie der FB Einfluss haben. Zum anderen ist jedoch nicht zu verkennen, dass sich in letzter Zeit ein deutlicher Trend zur „Übernahme“ gewisser Ideologien aus der (überwiegend heterosexuellen) FB abzeichnet.

Zunächst gilt es zu fragen, wie solche Trends überhaupt entstehen konnten (1.), in welchem Verhältnis sie zur allgemeinen politischen Entwicklung stehen (2.) und dann, warum sie von vielen Lesben „übernommen“ wurden (3.).

1. Trends der FB

I.1. Gemeint ist zunächst Innerlichkeit einschließlich der Mystifizierung des weiblichen Körpers bzw. der weiblichen Sinnlichkeit einhergehend mit Theoriefeindlichkeit.

Es ist eine alte Illusion der FB zu meinen, das weibliche „revolutionäre Potential“ liege in der Weiblichkeit als solcher begründet. „Der weibliche Charakter und das Ideal der Weiblichkeit, nach dem er modelliert ist, sind Produkte der männlichen Gesellschaft. Das Bild der unentstellten Natur entspringt erst in der Entstellung als ihr Gegensatz. Dort, wo sie human zu sein vorgibt, züchtet die männliche Gesellschaft in den Frauen souverän ihr eigenes Korrektiv und zeigt sich durch die Beschränkung als unerbittlicher Meister. Der weibliche Charakter ist ein Abdruck des Positivs der Herrschaft. Damit aber so schlecht wie diese. Was überhaupt im bürgerlichen Verblendungszusammenhang Natur heißt, ist bloß das Wundmal gesellschaftlicher Verstümmelung. Wenn das psychoanalytische Theorem zutrifft, dass die Frauen ihre physische Beschaffenheit als Folge von Kastration empfinden, so ahnen sie in ihrer Neurose die Wahrheit. Die sich als Wunde fühlt, wenn sie blutet, weiß mehr von sich als die, welche sich als Blume vorkommt, weil ihrem Mann das in den Kram passt. Nicht darin erst steckt die Lüge, dass Natur dort behauptet wird, wo sie geduldet und eingebaut ist, sondern was in der Zivilisation für Natur entsteht, ist seiner Substanz nach aller Natur am fernsten, das reine sich selber zum Objekt werden. Jene Art Weiblichkeit, die auf den Instinkt sich beruft, ist stets genau das, wozu eine jegliche Frau mit aller Gewalt – mit

männlicher Gewalt – sich zwingen muss: Die Weibchen sind die Männchen.“ (4) Jeder Versuch, die gesellschaftliche Wertung (männlich = positiv, weiblich = negativ) einfach in ihr Gegenteil zu verkehren, scheitert an der „normativen Macht des Faktischen“: eine falsch verstandene, psychologistische Sicht der Gesellschaft, die die Frauen sich zu eigen machen, indem sie meinen, es hänge nur von ihrem Selbstgefühl ab, sich von der unterdrückten zur befreiten Weiblichkeit zu entwickeln, produziert eine Farce. Der „zweite Marsch nach innen“ entpuppt sich als die alte Weiblichkeit in neuem Gewande mit dem einen Unterschied, jetzt von den Frauen selbst abgesegnet zu sein.

„Die Frau affirmiert sich als unmittelbare Sinnlichkeit, stagniert also auf dem ihr traditionell reservierten Posten, nur dass sie sich inzwischen etwas mehr Ekstase



Demonstration gegen Gewalt gegen Frauen

und Exzentrik dabei erlaubt. Die Entsubjektivierung geschieht subjektivistisch. Ihre Bewegung zielt auf den freien „Fluss“ aller Ströme, auf eine noch undefinierbare Wunschmaschinerie von faszinierender Beliebigkeit. Diese „Auflösung“ patriarchalischer Strukturen darf aber nicht mit ihrer ‚Aufhebung‘ verwechselt werden (...) Die Ökonomie phallokratischer Identität soll gänzlich gelöscht werden (...) wie illusorisch dieser rigide Innovationswille ist, illustrieren schon wenige Beispiele weiblicher Vorwärtsverweisung, die sich auf den längst bekannten Nenner des Natürlich-Sinnlichen bringen lassen: Multiplizität, Kontingenz, Taktilität, Präsenz, Dichte, Flüssigkeit, Kraft, Lust etc.“ (5).

Ähnlich ergeht es der weiblichen Sinnlichkeit bzw. Sexualität: Sie ist nicht befreiendes Moment i.S. einer Transzendierung der klischeehaften Weiblichkeit, sondern reduziert auf einen Vergleich mit pflanzlicher Natur bar aller erotischen, sexuellen, aggressiven Komponenten, ja eigentlich als asexuell zu bezeichnen.

„Auf S. 98 nun endlich. Die Expedition hat sich unter Strapazen über die Wurzelhaare, Waldaugen, Mundschleimhäute, Hügel und Täler nach dem letzten Steilhang zur Schamlosigkeit abgeseilt und findet mit staunenden Augen üppige Vegetation vor, prachtvolle Wiesen voller Lippenblüten, bräunliche Knospen mit zart- bis altrosa Kelchen. Die bewegten Leserinnen empfanden den Wunsch, einige davon zwischen Seiten eines Buches zu pressen. Als Erinnerung: „

Schwingende Brüste“ läuten das Ende des „genitalen Ernstes“ auf S.99 ein, und ein Feuerwerk von ‚Lachkugeln‘ erhellt für kurze Zeit die stockfinstere Nacht (...) ‚Häutungen‘ weist den Frauen eine Zukunft, in der die Verwechslung von Worten und Begriffen als neue Erfahrung und neue (weibliche) Sprache verstanden sein will: Portio statt Ratio; Spekulum statt Brille, Romantik statt Revolution, Anemone statt Amazone.“ (6)

Was ist zum dritten ein Schreiben, Fühlen etc. mit dem eigenen Körper anderes als ein Verzicht auf konsequentes Denken und Verpflichtung der Frau auf ihre alte Rolle als dumpfe Natur ? (7) Was ist ein Abschirmen von der rational-bösemännlichen Welt anderes als eine Gehirnamputation ?

Die Undurchsichtigkeit der entfremdeten Objektivität wirft die Frauen auf ihr beschränktes Selbst zurück und spiegelt ihnen ihr abgespaltenes Für-Sich-Sein, das monadologische Subjekt und dessen Psychologie, als das Wesentliche vor.

I.2. Der nächste Trend, Lohn für Hausarbeit, bewegt sich zwar auf einer allgemeineren politischen Ebene, hat aber ebenfalls systemimmanenten Charakter, in dem die Fixierung der Frau aufs Haus festgeschrieben wird (8).

I.3. Zuletzt ist der in letzter Zeit stark zunehmende Mutterkult zu nennen (9). Hierzu ein Beispiel:

„Bei dem Problemkreis „Frau und Mutterschaft“ wirken Widersprüche, die sich aus der unterschiedlichen Stellung der Geschlechter zur Natur hin und in der Gesellschaft ergeben. Zusammen bestimmen sie die seelischen Grundlagen von Frau und Mann, sowie die Beziehung zwischen ihnen. Die Sexualität ist eines der wesentlichsten Mittel der Kommunikation, in der tiefste menschliche Sehnsüchte erfüllt werden können. Ein Kind ist der körperlich gewordene Ausdruck der sexuellen Interaktion von Frau und Mann (...).“ (10)

2. Spätestens hier gilt es zu fragen, wie dieser Trend mit der allgemeinen politischen Entwicklung korrespondiert. Zwei Tendenzen seien herausgegriffen: Politische Repression (Berufsverbote, Bespitzelungen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit etc.) und die Mütterprogramme der Parteien (11). Dies bietet den idealen Boden für „feministische“ Regression in vorgeprägte Rollenschemata. Die Ohnmachtserfahrung gegenüber gesellschaftlicher Bedrohung kanalisiert sich selbst in die patriarchale Falle.

„ (...) die Erfahrung der realen Ohnmacht sind alles andere als irrational; ja kaum eigentlich psychologisch. Sie allein ließen eher den Widerstand gegen das soziale System erwarten, als dass die Menschen es nochmals sich zu eigen machten. Was sie von ihrer Ohnmacht in der Gesellschaft wissen, gehört dem Ich, freilich dem ganzen Geflecht seiner Beziehungen zur Realität, nicht erst dem voll bewussten Urteil an. Sobald aber die Erfahrung auch zum ‚Gefühl‘ der Ohnmacht wird, tritt das spezifisch Psychologische erst hinzu: dass nämlich die Individuen ihre Ohnmacht eben nicht zu erfahren, ihr nicht ins Auge zu sehen vermögen. Solche Verdrängung der Ohnmacht deutet nicht nur aufs Missverhältnis zwischen dem einzelnen und seiner Kraft im Ganzen, sondern mehr noch auf die Verletzung des Narzissmus und auf die Angst einzusehen, dass die falsche Übermacht, vor der zu ducken sie allen Grund haben, eigentlich aus ihnen selber sich zusammensetzt. Sie müssen die Erfahrung von der Ohnmacht zum ‚Gefühl‘ verarbeiten und psychologisch sedimentieren, um über die Ohnmacht nicht hinauszudenken. So verinnerlichen sie von je die gesellschaftlichen Gebote.

Die Espsychologie wird von der Ichpsychologie erweckt mit Hilfe von Demagogie und Massenkultur. Diese verwalten bloß, was ihnen als Rohmaterial die Psychodynamik derer liefert, aus denen sie die Massen kneten. Dem Ich ist kaum mehr etwas übrig, als entweder die Realität zu verändern oder sich wiederum ins Es zurückzunehmen (...) es werden selektiv diejenigen infantilen Abwehrmechanismen mobilisiert, welche in das Schema der sozialen Konflikte des Ichs je nach der geschichtlichen Lage am besten hineinpassen. Erst das, nicht die vielzitierte Wunscherfüllung, erklärt die Gewalt der Massenkultur über die Menschen (...) die objektive Situation weist den Regressionen ihre Richtung.“ (12)

3. Die Frage bleibt nur, wieso Lesben diese Trends zu weiten Teilen übernehmen. Lesben, die doch in- und außerhalb der FB immer als „Nicht-Frauen“ stigmatisiert wurden, soweit sie sich offen oder subtil zu erkennen gaben, die am ehesten mit männlichen Rollenschemata identifiziert werden.

Eine Erklärung könnte sein, dass Lesben kein eigenes Programm haben und deswegen hilflos auf das „Programm“ ihrer heterosexuellen Schwestern zurückgreifen. Das „Programm“: Innerlichkeit, Lohn für Hausarbeit, Mütterkult; frag-



Frauen beginne sich zu wehren

würdig genug, aber m.E. als Ideologie einer besonderen Lesbenbewegung absurd.

Ad 1: Innerlichkeit zum Programm zu erheben können Lesben sich nicht leisten, da im täglichen Existenzkampf „männliche Gesetze“ herrschen und niemand hinter ihnen ist, der sie auffängt, es sei denn, sie sich selbst.

Ad 2: Lohn für Hausarbeit: Lesben arbeiten fast ausschließlich für sich selbst außerhäuslich, es fehlt also dafür die materielle Basis.

Ad 3: Mutterkult: versteht sich eigentlich von selbst. Als Ergänzung sei jedoch hinzugefügt, dass der Kindeswunsch Surrogat für diverse Frustrationen (13) ist und unausweichlich in den gesellschaftlichen Funktionszusammenhang integriert werden wird (hier rächt sich das psychologistische Gesellschaftsbild !!)

(14).

II. Projekte/Zentren

Ein anderer Trend ist das allgemeine Abnehmen der Lesbenzentren (momentan nur noch München; Berlin und Hamburg haben aufgegeben (?) bei gleichzeitigem Zunehmen bzw. Konsolidieren der Projekte, in denen ja bekanntlich viele Lesben arbeiten. Könnten die Projekte eine entpolitisierte Wirkung haben? (15) Oder verselbständigen sich die Projekte deswegen von den Zentren, da diese es nicht vermögen, inhaltliche Kontrolle auszuüben aufgrund ihrer Programmlosigkeit? Wahrscheinlich beides. Die Projekte müssen sich in die herrschenden patriarchalisch-kapitalistischen Strukturen z.T. integrieren. Dort lassen sich die Lesben vor den „allgemein feministischen Karren“ spannen, während ihre Zentren/Gruppen, in denen sie sich ursprünglich als Minderheiten solidarisieren wollten, zu starren, dogmatischen, familienstrukturähnlichen Gebilden verkümmern. Vielleicht können Lesben auch als solche für sich kein „positives Programm“ haben? Vielleicht widerspricht das ihrer gesellschaftliche Rolle!? (vgl. Teil C)

III Haupttendenzen

Momentan sind drei Haupttendenzen zu beobachten, denen Lesben insbesondere zuströmen:

1. Der „Staatsfeminismus“ (16), d.h. Funktionalisierung feministischer Ideen im Staatsinteresse (Beispiel die Diskussion um das Frauenforschungszentrum Berlin: billige, unter akademischem Niveau stehende Frauenforschung) (17).
2. Die „Landkommunenidee“: M.E. ein „Ausflippen“, da die ökonomische Basis fehlt und dies eine Flucht vor der Erfahrung eigener Ohnmacht ist (wieder Anlehnung an von anderen gesellschaftlichen Gruppen kreierte Ideologien).
3. Integration in Parteien („Grüne“). Hier halte ich die Bewertung offen, da ich die Tendenz nicht abschätzen kann. Wieder nur Funktionalisierung der Frauen/Lesben oder „Lichtblick“ ? (18)

B. „Persönliche Ebene“ der LB

Die LB hat gegenüber der FB gleichzeitig eine besondere Problematik und Chance: Die Verbindung von politischer und persönlicher Ebene, welche jedoch nicht gelungen ist. Dazu ein kurzer Abriss zur Entwicklung (LAZ Berlin).

Zu Anfang wurde z.T. eine radikale Anti-Beziehungs-Strategie vertreten, Öffentlichmachung der privaten Ebene, Sexualitäts-Diskussionen, Ent-Tabuisierungen. So dann folgte ein „Schock“, Verunsicherung. Was sollte an die Stelle der „Beziehungen“ treten ? Als dritter Schritt geschah so etwas wie „repressive Entsublimierung“: Aus der Frustration über Anti-Beziehungs-Diskussionen, der mangelnden Sicherheit, die das Kollektiv bieten konnte, aber gleichzeitig auch aus der Verunsicherung darüber, dass sich das „Allgemeine“ am „Besonderen“ rächt (d.h. den Schock der Vereinsamung, der durch die Auflösung einer Beziehung verursacht wird), der vagen Erkenntnis, dass das (sexuelle) Tauschverhältnis unter Frauen nicht mit einer allgemeinen Politisierung des Bewusstseins aufhört, ja sich vielleicht sogar steigert, der Verunsicherung über fixierte Rollenstrukturen in Beziehungen, befinden sich die meisten Beziehungen in einer schleichenden Auflösung; oder, um es radikal auszudrücken: Das, was frau mal unter Beziehung verstand, existiert nicht mehr (19).

Was das Schicksal der Beziehungsdiskussionen angeht, so sind sie zum Privatkatsch degradiert worden und das LAZ hat die Funktion einer Insider-Stabilisierung eingenommen. Somit ist doch eine Art Sicherheit durchs Kollektiv (oder Teile desselben) eingetreten, jedoch auf eine repressive Art und Weise, da keine offenen Diskussionen geführt werden, sich die gebotene Sicherheit auf die Insider beschränkt, die ihre Sympathie in einer Art Ränkespiel verteilen, das familienähnlichen (20) Rastern folgt.

Korrespondierend zur Ebene des Privatkatschs offenbart sich dabei auf der öffentlichen (Diskussions-)Ebene immer noch die alte Doppelmoral: Prüderie im Zentrum, Erotik/Sexualität im Sub. Sexualität ist immer noch weitgehend tabuisiert (21).

In den meisten Projekten zeigt sich als informelle Struktur dementsprechend: autoritäre Strukturen, Gesinnungszwänge, Gruppenrituale etc.

C. Plädoyer für das Negative

4. Jedes positiviert Menschenbild gerät in der bestehenden Gesellschaft zur Ideologie des Etablierten. Das gilt für Entwürfe des Psychoanalyse ebenso wie für die FB bzw.LB.

„Schon Benjamin hat das Ideal des Genitalcharakters, das vor etwa zwanzig Jahren unter den Psychoanalytikern im Schwange war, die ihm mittlerweile aus-

gegliche Leute mit „well developed ego“ vorziehen, einen blonden Siegfried getauft. Der im Sinn des Freudschen Entwurfs ‚richtige‘, also von Verdrängungen unverstümmelte Mensch sähe in der bestehenden acquisitiven Gesellschaft dem Raubtier mit gesundem Appetit zum Verwechseln ähnlich, und damit wäre die abstrakte Utopie eines unabhängig von der Gesellschaft verwirklichten Subjekts getroffen, die heute als ‚Menschenbild‘ sich solcher Beliebtheit erfreut. Die Vorwürfe der Psychologie gegen den Sündenbock Herdentier kann die Kritik der Gesellschaft dem Herrenmenschen mit Zinseszins zurückzahlen, dessen Freiheit falsch, neurotische Gier, ‚oral‘ bleibt, solange sie die Unfreiheit voraussetzt. Jedes Menschenbild ist Ideologie außer dem negativen (...) was immer menschlich heute wahrhaft auf einen höheren Zustand vordeutet, ist nach dem Maß des Bestehenden immer zugleich auch das Beschädigte, nicht etwa das Harmonischere.“ (22)

5. Frauen sind – soweit sie sich ihrer selbst bewusst sind – in dieser Gesellschaft Außenseiter.

„Eine Frau nimmt (...) niemals als solche an dem sozialen und politischen Konsens/Gesetz teil, sondern kommt darin höchstens als homologisierte, als in den Rang des Herrn aufgestiegener Knecht vor. Allzu befangen in den Grenzen des Körpers und vielleicht auch der Gattung fühlt eine Frau sich in jenen Allgemeinheiten, die das gemeinsame Maß des sozialen Konsenses ausmachen, wie auch in bezug auf die verallgemeinernde Macht der Sprache, immer im Exil. Dieses weibliche Exil auf den Sinn und auf das Allgemeine bewirkt, dass eine Frau immer singulär ist und dass sie durch sich selbst das Singuläre des Singulären manifestiert: die Zerstückelung, den Trieb, das Unsagbare. Darum hat die Philosophie sie immer jener Singularität – jener dem Namen und dem Sinn vorgängigen Zerstückelung, die man den Daimon nennt – zur Seite gestellt: als Besessene, als Hexe. Dies Dämonische aber kann, gerade weil es aus dem Sinn exiliert ist – und das ist ungleich diabolischer – erwarten, darin erkannt zu werden: von daher das Untergehen der Frauen in dem Räderwerk der Macht und der Institutionen, als deren beständige Hoffnungen sie sich (...) enthüllen (man denke nur an den Aufstieg der Frauen in den Parteien).“ (23)

6. Die Lesbe entspricht am ehesten der exilierten Frau. Sie ist fixiert auf eine negative Existenz, die nicht aufhebbar ist durch schlichte Positivierung. Abschluss oder Anpassung an Massenbewegungen oder –strömungen (Mutterkult, Lohn für Hausarbeit, Innerlichkeit) widerspricht ihrer realen Existenz und bedeutet Selbstaufgabe. Einzelkampf ist nicht im eigentlichen Sinne politisch und bedeutet meistens Anpassung an etablierte Strukturen. Daher ist beides falsch. Es gibt eben kein richtiges Leben im Falschen. Das einzige, was noch denkbar wäre, ist die permanente Wachsamkeit und Analyse, das Denken. Dieses Erbe sollten die Lesben (wieder) antreten, wenn sie es zwischendurch verloren haben.

„Es ist an den Intellektuellen – den Erben jenes ‚unproduktiven‘ Sektors in der Hierarchie der modernen Technokratie, den die ehemaligen Humanwissenschaften bilden – dies Recht auf die Singularität, auf die spezifische Weise des Sagens, nicht bloß im Rahmen der Kultur zu produzieren, sondern als politischen Wert zu behaupten (...) es dreht sich folglich darum, die Absperrung dieser Gesellschaft aufzubrechen (...) darum, sie geduldig und minutiös zu demontieren, angefangen von den Sprachen bis hin zur Kultur und den Institutionen. Eine Arbeit der Dissidenz also – eine frevlerische und unerbittliche Demontage der Mechanismen des

Diskurses, des Denkens, der Existenz. Diese Dissidenz setzt eine Haltung der permanenten Analyse voraus, eine Haltung der permanenten Wachsamkeit und Zersetzung, die sie notwendig mit den Praktiken der Dissidenz in der modernen abendländischen Welt verbündet. Denn die wirkliche Dissidenz heute ist vielleicht, und wie seit Eh und Je, das Denken.“ (24)

Gunda Schumann

Anmerkungen zum Text:

- 1 Überarbeitete Fassung des Referats im Seminar der Sommeruni: „Lesben – Mütter/Lesben – Kinder“
- 2 Dazu werden in Fußnoten einige Parallelen zur ersten FB angedeutet.
- 3 Das war in der ersten FB auch so: Lesben nannten sich der „radikale Flügel“ und saßen an der Spitze fast aller progressiven Fraueninitiativen, vgl. L.G. Heymann, A. Augspurg, Erlebtes – Erschautes, Meisenheim 1972
- 4 Th. W. Adorno, Minima Moralia, Ffm. 1969, S. 119f.
- 5 A. Runte, Lippenblütlerinnen unter dem Gesetz, in: Die schwarze Botin, Nr. 5 7/78, S. 41
- 6 B. Classen/G. Gpettle, 'häutungen', eine Verwechslung von Anemone und Amazone, in : Courage Nr. 1 IX/76, S. 46
- 7 vgl. auch: Die neue Innerlichkeit, o.A., in: Die schwarze Botin 1/76, S. 19
- 8 vgl. V. Slupik, Geld stinkt nicht, aber..., in: Dokumentation Sommer-Uni 1977
- 9 in der ersten FB vertrat vor allem der konservative Flügel (H. Lange, G. Bäumer, A. Schmidt) den Mutterkult; dieser Flügel bejubelte auch den ersten Weltkrieg !!, vgl. Heymann/Augspurg, a.a. O.
- 10 M. Oschmann, Wie frei kann eine Entscheidung für oder gegen Mutterschaft sein ? Ankündigung eines Referats für die Sommer-Uni 78 im Programmheft, S. 11
- 11 Näheres dazu vgl. Papier von Rosemarie Giesen, Der Neofeminismus, referat zum selben Seminar, vgl. Dokumentation S. xx
12. Th. W. Adorno, zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie, in: Gesammelte Schriften 8, Ffm. 1972, S. 66f.
- 13 vgl. Eva Riegers Konstruktion der „statischen“ (=Mutter-Kind) und dynamischen (=Erwachsene) Beziehung in ihrem Referat „Mutterrolle und Lesbenidentität“, Sommer-Uni 78, Programmheft S. 8
- 14 Eine Lesbe auf der Sommer-Uni 78: „Früher war ich immer nur mit Gleichaltrigen zusammen. Das erscheint mir jetzt langweilig. Ich bin jetzt auch mit Müttern und Kindern zusammen. Ich habe den Eindruck, dadurch reifer (!) und erwachsener (!) geworden zu sein.“
Fehlt nur noch die Glorifizierung des vaginalen Orgasmus !!
- 15 Vielleicht weil „demokratische Kontrolle“ verpönt ist und alle Fraueninitiativen von Familienstrukturen durchzogen sind ?
- 16 vgl. I. Stoehr, Auf dem Weg in den Staatsfeminismus, in: Alternative Nr. 120/1, S. 174 ff.
- 17 Übrigens sehr ausgeprägt in der ersten FB: Sie war hilflos gegenüber politischen Entwicklungen – pazifistisches Selbstverständnis; naive Petitionen an Parteien, Parlamente (Kampf ums Wahlrecht, Parteien, Frauenlisten, -räte), Verhalten während und vor den Weltkriegen. Gründe m. E.: ökonomische Basis, die deutlich bürgerliche Klassenrekrutierung der Frauen (in der Regel kein Beruf zur Deckung des Lebensbedarfs), vgl. Heymann...
- 18 vgl. „Emma“, 10/78, S. 8ff., „Wie grün sind uns die Grünen ?“
- 19 das war in der ersten FB ganz anders: Heymann/Augspurg waren 40 Jahre zusammen, bis dass der Tod sie schied ! M.E. auch wegen der totalen Tabuisierung von Sexualität auf öffentlicher Ebene.
- 20 Zu erklären daraus, dass die Minderheit (Lesben) nicht besser ist als die Mehrheit (Heterofrauen): Wenn sie unter sich sind, entfalten sie dieselben Verhaltensweisen wie ihre heterosexuelle Umwelt !
- 21 Dabei will ich offen lassen, wie der „private Schonraum“ abschließend zu beurteilen ist.
- 22 Th. W. Adorno, a.a.O., S. 66f.
- 23 Julia Kristeva, Ein neuer Intellektuellen-Typ: der Dissident, in: Die schwarze Botin Nr. 7/78, S. 8
- 24 dies., a.a.O., S. 6.

„ICH MACHE DAS ALLES, WEIL ICH ES MIR AUSGESUCHT HABE“

Frauen im italienischen Widerstand

Die Geschichte der *resistenza* gegen Faschismus und deutsche Besatzung in Italien ist keine Geschichte eines allgemeinen Widerstandes – also männlichen und weiblichen. So war es den Partisaninnen beim Marsch der kommunistischen Partisanenverbände durch die Straßen Turins nach der Befreiung verboten mitzulaufen.

Die wohl frauenfreundlich gemeinte Bezeichnung PartisanInnenbewegung wird den geschichtlichen Tatsachen keineswegs gerecht, sondern verschleiert eher die Geschichte von Frauen und setzt wiederum der Mann als Norm.

Der „Beitrag der Frau“

Um die Aktionen der Partisaninnen darzustellen, werden Begriffe verwendet wie der des „Beitrags“ und der „Teilnahme“. Beitragen oder teilnehmen ist nicht gleichbedeutend mit Handeln oder Teil des Ganzen sein, im Gegenteil, dies drückt vielmehr aus, dass Partisaninnen eben nicht grundsätzlich dazugehörten.

Aber vielleicht war es ja tatsächlich so, dass die Frauen nur beigetragen und sich beteiligt haben, dass sie nichts von sich aus initiiert haben?

Laut den offiziellen Zahlen waren 70 000 Italienerinnen in den Frauenverteidigungsgruppen Gdd organisiert, 35 000 (von insgesamt 232 841 KämpferInnen) kämpften als Partisaninnen, 4600 wurden gefangen genommen, gefoltert und verurteilt.

Titel „Partisan“

Nach einem Dekret vom 21. August 1945 ist derjenige Partisan, der mindestens drei Monate lang in einem offiziellen Partisanenverband Waffen getragen hat und der an mindestens drei Kampf- oder Sabotageaktionen teilgenommen hat. Dass dies natürlich eine sehr begrenzte Definition von Widerstand ist, liegt auf der Hand. Die Widerstandsformen vieler Personen/Gruppen werden dadurch unsichtbar gemacht, in erster Linie die von Frauen.

Kämpfende Partisaninnen

Natürlich hat es auch kämpfende Partisaninnen gegeben. Frauen haben geschossen, Bomben geworfen und Anschläge durchgeführt. Elsa Oliva, 22jährig, jagte in völliger Gelassenheit einen deutschen Wagen mit Sendestation in die Luft.

An bewaffneten Aktionen und Sabotageakten nahmen vor allem Frauen aus der Gap teil, den „patriotischen Aktionsgruppen“, die von der Kommunistischen Partei gebildet worden waren.

Ein ambivalentes Verhältnis:

Frauen und Waffen

Letztendlich blieben Waffen in den Kämpfen von Frauen unbedeutend. Wenn man die gesellschaftliche Beurteilung von kämpfenden Partisaninnen betrachtet, braucht dies nicht zu verwundern. Die beste Partisanin war die, die die Bewegung voranbrachte.

Das eingangs angesprochene Verbot, Frauen bei den Märschen nach der Befreiung mitlaufen zu lassen, zielte darauf ab, die Frauen nicht als „Nutten“ beschimpfen zu lassen – was war eine „Frau, die auf die Straße geht“? Wen wundert es folglich, wenn viele kämpfende Frauen nach der Befreiung nicht um offizielle Anerkennung ihres Widerstandskampfes nachsuchten?

resistenza civile

Um den Widerstandsformen von Frauen gerecht zu werden, muss folglich eine andere

Messlatte an die Geschichte angelegt werden. Es war meist der unbewaffnete Widerstand, den sie leisteten, unabhängig von einer Partei oder Organisation.

Eine solche *resistenza civile* war die Antwort der zivilen Gesellschaft auf die beanspruchte Vorherrschaft durch den Nationalsozialismus in ganz Europa.

Es sei dennoch klargelegt: Es gab nirgends eine geschlossene Bevölkerung, die gegen den Nazifaschismus zivilen Widerstand geleistet hätte, es ist dies keine zu verallgemeinernde Verhaltensweise. Zivilen Widerstand leistete nur eine Minderheit.

Unter dieser Prämisse lassen sich schließlich zahlreiche Widerstandsformen von Frauen dingfest machen, die nicht unmittelbar nur dazu dienten, den bewaffneten Kampf zu unterstützen.

Sie haben gegen den Krieg gestreikt, die Kriegsproduktion sabotiert, sie haben Verfolgten, JüdInnen, PartisanInnen, ausländischen Kriegsgefangenen Hilfe geleistet und sie geschützt. Sie haben Soldaten vor der Deportation und vor Zwangsarbeit versteckt.

Wenn der Widerstand der Italienerinnen behandelt wird, muss eines im Blickfeld bleiben: Die eigentlichen Freiwilligen der *resistenza* waren die Frauen.

Carla Badiali aus der Partisanenbrigade „Gerechtigkeit und Freiheit“ hatte die Aufgabe, Dokumente zu fälschen. Als sich ihr Ehemann beschwerte, weil sie für einen bestimmten Stempel längere Zeit benötigte, wies sie ihn zurecht.

Die größte Verkleidungsaktion der Geschichte

Der Waffenstillstand und die Auflösung der italienischen Armee

Als am 25. Juli 1943 die Absetzung Mussolinis verkündet wurde und am 8. September die italienische Regierung das Waffenstillstandsabkommen mit den anglo-amerikanischen Alliierten unterzeichnet hatte, blieben die militärischen Befehle plötzlich aus. Um der Gefangennahme zu entgehen, brauchten die Soldaten zivile Kleidung, die sie nicht besaßen. Es begann

nun in den Worten von Anna Bravo eine der „größten Verkleidungsaktionen der italienischen Geschichte“.

Chiara Serdi aus einer Arbeiterfamilie berichtete über die Aktionen ihrer Mutter: „Als wir erfahren haben, dass alle Soldaten aus den Kasernen abgehauen waren und sie verzweifelt nach einer Möglichkeit suchten,



Partisaninnen

wieder nach Hause zu kommen, wurden Tausende von Soldaten eingekleidet, versteckt, ernährt, versorgt und wieder zu ihren Heimatorten gebracht.“ Bravo bezeichnet diesen Vorgang auch als *Massen-maternage*, als eine spezifisch weibliche Form der *resistenza*.

Diese breite Solidarität fand völlig unabhängig von irgendwelchen Strukturen und politischen Richtlinien statt. Sie als bloße *pietas* zu bezeichnen, ist als Erklärung für den Einsatz der Frauen völlig abwegig.

Doch die Erinnerung an diese Taten in der Geschichte blieb rudimentär. Wenn es keine Frauen gäbe, die an diese Aktion erinnerten und in Form von „oral history“ berichteten, wüssten wir kaum etwas davon.

Die „Frauverteidigungsgruppen“ (Gdd)

Die Aktionen vom September 1943 nach dem Waffenstillstandsabkommen waren nicht organisiert gewesen. Erst Ende November kam es zu einem nationalen Zusammenschluss aktiver Frauen in den Gdd, in den „Frauengruppen der nationalen Verteidigung“. Die Aufgaben der in den Gdd organisierten

Frauen wurden in dem konstitutiven Aktionsprogramm vom November 1943 festgelegt: Sie sollten unabhängig von ihrer politischen Arbeit, ihrem Glauben und ihrer sozialen Herkunft arbeiten.

Sie sollten andere Frauen für den antifaschistischen Kampf gewinnen, Widerstand gegen die Deutschen leisten und so die Faschisten aus der Gemeinschaft ausstoßen. Darüber hinaus hatten die Gdd auch praktische Aufgaben: Sie sollten die Produktion in den Fabriken sabotieren, verlangsamen, streiken, sich zu Massendemonstrationen zusammenschließen und gegen faschistische Spione vorgehen.

Oftmals übernahmen Frauen führender Partisanen die Aufgabe, eine Frauenbefreiungsgruppe zu leiten. Mimi Teppati arbeitete eng mit ihrem Mann zusammen, der an der Gründung des nationalen Befreiungskomitees (Cln) in Piemont beteiligt war.

Frauenpresse der resistenza

Besonders die häufige Behandlung frauenspezifischer Themen veranlasste die Historikerin Daniella Gagliani danach zu fragen, ob in der resistenza nicht auch ein feministischer Kampf geführt worden sei. Sie führt dazu zahlreiche Artikel der Frauenpresse der resistenza an. So forderte das Presseorgan *Noi Donne* („Wir Frauen“) außer der Befreiung Italiens im Allgemeinen auch die Befreiung der Frau im Besonderen ein.

Insgesamt war die Presse der in die resistenza involvierten Frauen erstaunlich breit. Neben *Noi donne* gab es *La voce donne* („Die Stimme der Frauen“), *La Compagna* („Die Genossin“), die Frauenzeitung der Sozialistischen Partei.

Staffetten

Die Aufgabe, mit denen man am häufigsten Frauen beauftragte, war der Dienst als Staffette, das heißt als Überbringerin von Nachrichten, von kriegsrelevanten und strategischen Informationen, von Waffen, Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung.

Zur Tarnung arbeiteten die Staffetten meist weiter in ihrem bisherigen Beruf. Reginalda Santacroce war Lehrerin und seit Beginn des Waffenstillstandes seit September 1943 mit den Schwestern Assunta und Marcella Versino als Staffette in den Bergen Piemonts tätig.

Staffetten waren meist permanent unterwegs, zu Fuß, per Fahrrad, per Bus oder im Zug. Ihre Arbeit war extrem gefährlich, da sie in ständiger Gefahr waren, bei ihrer Enttarnung sofort erschossen zu werden, ohne Möglichkeit der Gegenwehr.

Rossana Rossanda arbeitete seit dem Winter 1944 als Staffette in der Mailänder Umgebung. Sie versorgte die Partisanenformationen mit Waffen, Medikamenten, Verbandsmaterial und Flugschriften, die sie in unbekannten Häusern in Mailand abholte.

Als eines Tages der Zug, in dem sie abermals einen Koffer mit Material für die Partisanen transportierte, von Deutschen und italienischen Faschisten angehalten wurde und alle mit Gepäck aussteigen mussten, schob sie ihren Koffer so weit wie möglich von sich.

Es sind dies die Schreckensmomente, die die Arbeit einer Staffette kennzeichneten.

Laura, noch ein Mädchen, transportierte ein Maschinengewehr quer durch die Stadt in der Straßenbahn.

Die Bedeutung der Staffetten wird heute zwar nicht in Frage gestellt, aber dennoch sehr marginal behandelt.

Gebärstreik

Es gab viele weitere Widerstandsformen von Frauen. So versuchten einige, keine Kinder zu bekommen oder riskierten einen illegalen Abbruch. Dem faschistischen Staat wollten sie keine Kinder gebären. Das Thema Abtreibung war (nicht nur) für die Italienerinnen auch nach dem Krieg noch lange nicht erledigt, denn eine Abtreibung musste nach wie vor illegal und unter dem Risiko größter gesundheitlicher Schäden durchgeführt werden.

Nadja Bennewitz

Attatro

Buchladen GmbH

Hemer Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



*partner der
Büchergilde*

BUCHLADEN

TARANTA BABU

• LITERATUR AUS ALLEM WELT, SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN, KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN, MEDIEN-PSYCHOLOGIE-
• ÖKONOMIE-POLITIK-GESCHICHTE-FRAUEN-MÜTTER-KINDER-VÄTER-
• MÄNNER-GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturtreffraum: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



SONNENBLUME

Naturkost . Naturwaren

Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbrot
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse
- aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

N A T U R
K O S T W A R E N

Schallplattenversand

Matthias Henk
Postfach 11 04 47
26207 Bremen

Der Antifa Platten Versand

Bei uns erhältlich:
ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufnahme) CD DM 22,00
Sampler: Gramschap 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Bader Pop Gruppe, Drake,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00
Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folklingedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen- Niederlande
Bestellt den Katalog!

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0471-4988535
E-mail: JUMPUP@t-online.de

Artistik

Theater Kunst

BALE

Jonglieren

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10"-16"
Sonntag 10"-14" & langer Samstag

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2002

Planerin

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen
- DM 19,80/ € 10,20, ÖS 14,5, SFR 19,80
- Erscheint im August 2000 - ISBN 3-9806165-3-3

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 35 65, 72015 Tübingen
Tel. 07071-7973-0, Fax 07071-7973-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



BERT BRECHT

ÜBER KANTS DEFINITION DER EHE

**Den Pakt zu wechselseitigem Gebrauch
Von den Vermögen und Geschlechtsorganen
Den der die Ehe nennt, nun einzumahnen
Erscheint mir dringend und berechtigt auch.**

**Ich höre, einige Partner sind da säumig.
Sie haben - und ich halt's nicht für gelogen -
Geschlechtsorgane kürzlich hinterzogen:
Das Netz hat Maschen und sie sind geräumig.**

**Da bleibt nur: die Gerichte anzugehen
Und die Organe in Beschlag zu nehmen.
Vielleicht wird sich der Partner dann bequemen**

**Sich den Kontrakt genauer anzusehn.
Wenn er sich nicht bequemt - ich fürcht es sehr -
Muß eben der Gerichtsvollzieher her.**